

ÜBERSICHT zu Aktivitäten zum Thema: "MILITÄRSTEUER-VERWEIGERUNG aus Gewissensgründen"

- 1982 Erste Steuerverweigerung durch Günther Lott.
- seit 1983 gibt es die "Friedenssteuer-Initiative" (FSI).
Ca. 50.000 Menschen haben sich in vielfältigster Form an der Aktion "Kein Geld für Krieg" beteiligt.
- 1983 Die GRÜNEN beschlossen erstmals mehrheitlich, für das Anliegen der Militärsteuerverweigerung einen Gesetzentwurf zu erstellen und in den Bundestag einzubringen: "Gesetz zur Einrichtung und Finanzierung eines Friedensfonds".
- 20.04.1986 Dieser erste Entwurf (der sich nur auf die Einkommensteuer bezog) erschien 1986 als Bundestagsdrucksache Nr. 10/5420, kam in die erste Lesung und "versickerte" dann in den vier Ausschüssen, an die er verwiesen wurde: Inneres, Recht, Verteidigung, Finanzen. Unterstützt wurde der Entwurf außerhalb der GRÜNEN lediglich von drei Fürsprechern in der SPD-Fraktion.
- 1986 1. Internationale Konferenz für Militärsteuer-Verweigerung und Friedenssteuer-Initiativen in Tübingen/D.
- 1988 2. Internationale Konferenz für Militärsteuer-Verweigerung und Friedenssteuer-Initiativen in Vierhouten/NL.
- 1990 3. Internationale Konferenz für Militärsteuer-Verweigerung und Friedenssteuer-Initiativen in Aosta/I.
- 03.-13.03.1990 Ökumenische Weltversammlung in Seoul. Im Entwurf des Abschlussdokuments steht der Passus: "Wir geloben, uns einzusetzen und unsere Kirche zu veranlassen, sich ebenfalls einzusetzen für eine Kultur aktiver und lebensfreundlicher Gewaltlosigkeit durch die Unterstützung des Rechts auf Verweigerung von Kriegsdienst und Militärsteuern und durch Bereitstellung von Alternativen in Form von Friedensdienst und 'Friedenssteuern'." Es wurde eine Verpflichtung verabschiedet, wo immer möglich und nötig, das Recht auf Verweigerung von Kriegsdienst und Militärsteuer zu unterstützen.
- 1990 Zweiter Entwurf für "Gesetz zur Befreiung von Militärsteuern" (BT-Drucksache Nr. 11/8393). Er basiert auf dem "Tiedemann-Konzept" und umfasst alle Steuern. Allerdings kam er wegen des Endes der der Legislaturperiode nicht mehr ins Plenum.
- 1991 Buch-Veröffentlichung: Paul Tiedemann, Das Recht der Steuerverweigerung aus Gewissensgründen, ISBN 3-487-09486-X.
- 1991 Dritter Entwurf für "Gesetz zur Befreiung von Militärsteuern" (BT-Drucksache 12/74), eingebracht von der Fraktion der GRÜNEN/BÜNDNIS 90. Diese 3. Gesetzesinitiative wurde bereits von 50 bis 60 SPD-MdB unterstützt!
- Der Entwurf kam im Februar 1991 noch in die erste Lesung und nach den Ausschussberatungen sehr schnell (noch während des Golfkrieges) in die zweite und dritte Lesung, wo er zu mitternächtlicher Stunde lt. Sitzungsprotokoll trotz "erheblicher Anzahl von Befürwortern" abgelehnt wurde.
- 05.-09.06.1991 DEKT Ruhrgebiet: Podiumsdiskussion "Kirche auf dem Weg des Friedens am Beispiel der Kriegssteuerverweigerung"
- 18.06.1991 Die Kreissynode Köln-Mitte teilt die Gewissensnot eines Mitarbeiters, sieht im Antrag auf Einbehaltung eines Steuerteils eine gewaltfreie Zeichenhandlung als notwendiges Glaubenszeugnis und setzt sich dafür ein, neben der alternativen Möglichkeit des Zivilen Friedensdienstes auch eine alternative Steuerregelung zu ermöglichen. Sie richtet diese Aufforderung an politische Parteien, Abgeordnete des Bundestages und zuständige Ausschüsse. Sie bitte die eigene Landeskirche um rat- und tatkräftige Unterstützung.
- 01.07.1991 Zum 1. Mal in der Geschichte der BRD gibt es eine offiziell so begründete "Kriegssteuer": Die

Bundesregierung begründet den "Solidaritätszuschlag" außer mit der Finanzierung des Aufbaus der neuen Bundesländer ausdrücklich auch mit der Finanzierung des Golfkriegs. Mit einem Aufkommen von 17,4 Mrd. DM und vielfältigster logistischer Unterstützung waren somit SteuerzahlerInnen an diesem Krieg beteiligt.

- Jul/Aug 1991 Mit der bundesweiten Aktion "Nicht von meinen Steuern" wurde nach neunjähriger Existenz der FSI das bundesweite NETZWERK FRIEDENSSTEUER (NWFS) mit einem Informations- und Kampagnenbüro, regelmäßig erscheinenden Nachrichten und den verschiedenen Arbeitsschwerpunkten Rechtswege, Gesetzesinitiative, Lobbyarbeit und Vernetzung gegründet. Nach und nach vernetzen sich die bundesweit ca. 5.000 aktiven Militärsteuer-Verweigerinnen und -Verweigerer in verschiedenen Regionen.
- Größte Einzelgruppe im NWFS ist die "Ökumenische Aktion STEUERN ZU PFLUGSCHA-REN" (SzP). In den einzelnen Regionen treffen sich die "Kontaktpersonen" und werden im "Netzwerkrat" auf Bundesebene durch die "Regionalsprecher" vertreten.
- 23.-26.04.1992 600 Beschäftigte der Ev. Kirche in Berlin-Brandenburg (EKiBB) haben der Kirchenleitung mitgeteilt, dass sie aus Gewissensgründen einen Kriegssteueranteil nicht zu zahlen bereit sind. Reaktion: "Die (Landes-)Synode respektiert die Motive dieser Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und unterstützt ihre Initiative..." Sie regt die Diskussion in Kirche und Staat und juristische Veränderungen an.
- Jul 1992 Veröffentlichung des von der Ev. Kirche im Rheinland (EKiR) bei der "Forschungsstätte der Evangelischen Studienstiftung" (FEST) in Auftrag gegebenen Gutachtens mit dem Titel: "Pazifistische Steuerverweigerung und allgemeine Steuerpflicht", Heidelberg, ISBN 3-88257-037-7.
- 1992 Der Zweite Senat des Bundesverfassungsgerichtes nimmt die Beschwerde von Christa und Klausmartin Voigt nicht zur Entscheidung an und verweist zur Begründung auf die formale Trennung von Steuerzahlung auf der einen und Ausgabenentscheidung durch das Parlament auf der anderen Seite.
- Herbst 1992 Erklärung der Landessynode der EKiBB, in der die Initiative von über 600 kirchlichen MitarbeiterInnen, die aus Gewissensgründen einen "Kriegssteueranteil" aus ihrer Lohn- und Einkommenssteuer verweigern möchten, unterstützt wird. Die Kirchenleitung wird beauftragt, "... den Fall juristisch prüfen zu lassen und möglicherweise Verhandlungen mit der Regierung darüber zu führen." Zur Begründung beruft sich die Synode auf kirchliche Verlautbarungen, die den ÖRK-Beschluss von 1948 zitieren: "Krieg darf nach Gottes Willen nicht sein."
- Sep 1992 Der Essener Berufsschulpfarrer Martin Arnold legt Verfassungsbeschwerde beim Bundesverfassungsgericht gegen eine Entscheidung des Bundesfinanzhofes ein. Damit ist bereits die 6. Verfassungsbeschwerde beim BVerfG eingegangen. Zur Prüfung der Beschwerde muss Arnold 1.000 DM zahlen; weit mehr als der Betrag wird durch 5-DM-Überweisungen an das BVerfG zusammengetragen. Alle Verfassungsbeschwerden wurden bisher zur Verhandlung nicht zugelassen.
- Okt 1992 SzP veranstaltet bundesweit eine Tagung zur Kommentierung des FEST-Gutachtens in Wuppertal. Aus 19 Landeskirchen und verschiedenen christlichen Organisationen sind Teilnehmer vertreten.
- 30.10.-1.11.1992 Treffen des NWFS in Mainz:
Einschätzung der Situation: Überwiegend äußerst pessimistisch, Krieg ist wieder salonfähig, Ausschreitungen gegen Ausländer etc., aber auch Motivation für langfristig angelegte Arbeit nach dem "Prinzip Hoffnung".
- Nov 1992 4. Int. Konferenz für Militärsteuer-Verweigerung und Friedenssteuer-Initiativen in Brüssel/B.
- 18.03.1993 Beratendes Votum der Kammer für Öffentliche Verantwortung der EKD zur Frage der Militärsteuer-Verweigerung: In vier kurzen Sätzen wird den Gliedkirchen geraten, weder eine Diskussion über die Militärsteuerverweigerung noch irgendeine Form besonderer kirchlicher Unterstützung zuzulassen.
- 09.-13.06.1993 DEKT in München:
Rund 100 Teilnehmende unterschreiben folgende Kirchentagsresolution:
"Es gibt für die Kirche kein Zurück hinter die friedensethischen Erkenntnisse des Konziliaren

Prozesses. Eine wirkliche Friedensordnung kann nur ohne militärische Gewalt entwickelt werden. Wir dürfen nicht nachlassen, Wege der Gewaltfreiheit zu suchen und zu gehen. Wir werden als mündige Glieder der Kirche den Dialog mit Militärsteuerverweigerinnen und Militärsteuerverweigerern nicht verweigern, wir fordern den Rat der EKD auf, uns darin zu folgen. Militärsteuer-Verweigerung ist wie Kriegsdienst-Verweigerung ein Zeugnis des christlichen Glaubens.“

- 07.-09.05.1993 Treffen des NWFS in Berlin:
Aus dem Arbeitsschwerpunkt Gesetzesinitiative wird berichtet, dass mittlerweile eine 2. Lesung des Gesetzesentwurfes im Deutschen Bundestag stattfand, und dass dieser, wie erwartet, mehrheitlich den Gesetzentwurf ablehnte. Auch weigerte sich die Verfassungskommission (unter Vorsitz von Prof. Dr. Scholz/CDU; MdB Voscherau/SPD), die Militärsteuer-Verweigerung aus Gewissensgründen als Thema in die Beratungen aufzunehmen. Fazit: Das Anliegen muss auf jeden Fall im 13. Deutschen Bundestag erneut eingebracht werden.
- 21.06.1993 Brief von Propst Dr. Heino Falcke, Erfurt, Mitglied der Kammer für Öffentliche Verantwortung der EKD, an den Vorsitzenden der Kammer, Prof. Dr. Rendtorff. In diesem Brief begründet Dr. Falcke ausführlich, warum er "... den Gesamttenor des beratenden Votums, vor allem aber seiner Erläuterungen ...“, nicht mittragen kann (v. 18.03.93).
- 01.09.1993 Verleihung des **Aachener Friedenspreises** an das Netzwerk Friedenssteuer.
- 30.09.1993 Im Auftrag des NWFS formulieren Reinhard Egel, Martin Arnold und Siegfried Laugsch eine ausführliche fünfseitige "Offene Antwort" an die EKD. U.a. wird an die EKD appelliert, die Verweigerung von Steuern für militärische Zwecke als "Zeugnis des christlichen Glaubens" anzuerkennen. Nötig sei konkrete rechtliche und finanzielle Unterstützung, wie sie auch Kriegsdienstverweigerern gewährt werde.
- 11.11.1993 Beschluss der EKD-Synode: "Die Synode beauftragt den 'Ständigen Ausschuss für Kirche, Gesellschaft und Staat', mit dem 'Netzwerk Friedenssteuer' Gespräche über die von ihm vertretene christliche Zeichenhandlung der pazifistischen Steuerverweigerung zu führen. Dabei soll auch über Möglichkeiten des Beistands für Menschen gesprochen werden, die aufgrund ihrer Gewissensentscheidung für sich selbst eigene Wege gehen müssen."
- Nov 1993 In einem Schreiben an den Rat der EKD und die EKD-Synode wendet sich der Vorsitzende des Preisverleihungskomitees 'Nationaler Aachener Friedenspreis', Pfr. A. Bausch, an den Rat und an die Synodalen mit der dringenden Bitte, "... das Netzwerk Friedenssteuer und die Aktion 'Steuern zu Pflugscharen' nicht nur mit Worten moralisch zu respektieren, sondern endlich auch effektiver zu stützen."
- 26.-28.11.1993 Tagung des NWFS in Nürnberg:
Aus Berlin wird berichtet, dass bereits seit längerem eine U-Bahn-Plakatwerbung mit dem Text "Steuern ja - aber nicht für den Krieg", trotz erheblicher Einwände seitens der Bundeswehr, läuft.
- 1993 Vierter Entwurf für ein "Gesetz zur Verfassungsreform" (BT-Drucksache Nr. 12/6686). Dieser Entwurf war ein Einzelantrag von MdB Wolfgang Ullmann, der am "Runden Tisch" für eine neue DDR-Verfassung beteiligt war. Er war von den bisherigen Anträgen der weitestgehende. Er hatte zum Inhalt eine generelle Verweigerungsmöglichkeit im Falle der Gewissensbelastung durch vom Staat auferlegte Pflichten und schlug für all diese Fälle eine alternative, gleichwertige Leistungspflicht für die Verweigerer vor. Dieser Entwurf wurde schon in der ersten Lesung abgelehnt und an keinen Ausschuss weiter verwiesen.
- 22.- 24.04.1994 Tagung des NWFS in Rauenberg bei Freiburg:
Vom Arbeitsschwerpunkt Rechtswege wird berichtet, dass die Klage des Ehepaars Voigt bei der Europäischen Menschenrechtskommission nicht zugelassen wurde. (Beratung RA Eric Hummels; Begründung: "...kein Menschenrecht verletzt.") Ein entsprechendes Verfahren vor der UNO läuft noch.
Ausführlich wird über das Konzept eines "Zivilen Friedensdienstes" (ZFD) diskutiert und übereinstimmend festgestellt, dass der "Zivile Friedensdienst" gesetzlich so ausgestaltet werden muss, dass niemand gegen sein Gewissen zur Finanzierung von Rüstung und Militär gezwungen wird. Vielmehr sollte eine entsprechende Steuerzahlungsalternative aufgezeigt werden.
- 30.04.1994 Veröffentlichung eines "**Handbuches für den Dialog in der Kirche**" zur "**Pazifistischen Steuerverweigerung**" durch das NWFS.

- 27./28.05.1994 Im Auftrag der EKD-Synode veranstaltet der "Ausschuss Kirche, Gesellschaft und Staat" in Hannover ein Hearing zur Militärsteuer-Verweigerung. Der Ausschuss hat nach dem Drei-Stunden-Gespräch drei Punkte beschlossen, die die entgegengesetzte Tendenz haben zur Absage des Rates der EKD vom März 1993 und die für die nächste EKD-Synode im November 1994 als Beschlussvorlage eingebracht werden sollen.
- 20.09.1994 Brief von Martin Rambow an die Bundestagskandidaten Thüringens vor der Wahl: "Es ist ... von größter Wichtigkeit zu erfahren, wie Ihre Haltung in der Frage der Militärsteuerverweigerung ist und wie Sie sich im neuen Bundestag Ihr Abstimmungsverhalten über einen evtl. vorliegenden Gesetzentwurf vorstellen."
4 Antworten:
Prof. Christoph Schnittler, Stützerbach / Sonneberg, FDP – negativ, "Pazifismus führt nicht zum Frieden".
Norbert Otto, Erfurt, CDU – negativ, "Bundeswehr sichert den Frieden".
Marie-Luise Franzen, Erfurt, Die Grünen, – Thema ist neu, "Abrüstung ja, aber Steuerzahlungen an den Staat ohne Einschränkungen".
Vera Wollenberger, Sondershausen, Die Grünen – lässt über Sekretär den Gesetzentwurf der Grünen zum Thema "Befreiung von Militärsteuer" von 1991 schicken.
- Sept 1994 5. Internationale Konferenz für Militärsteuer-Verweigerung und Friedenssteuer-Initiativen in Hondarribia / Spanien.
Gründung von Conscience Peace Tax International (CPTI). CPTI ist eine Nicht-Regierungsorganisation mit beratendem Status beim Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen.
- 23.09.1994 Die 4. ordentliche Delegiertenversammlung der Ev. StudentInnengemeinde in der BRD (ESG) führt in ihrer Resolution zur Militärsteuer-Verweigerung u.a. aus: "... Immer mehr Menschen können es mit ihrem Gewissen nicht länger vereinbaren, dass sie über ihre Steuern Militärausgaben mittragen. Als ChristInnen, vom Evangelium motiviert, können auch wir uns an diesem staatlichen Handeln nicht widerspruchslos beteiligen. Stattdessen sehen wir es als unsere christliche Friedensverantwortung an, uns allen Formen der Unterstützung des Militärs und der Rüstungsproduktion gewaltfrei zu widersetzen. Ein wirkungsvoller Schritt hierbei ist es, Militär und Rüstungsproduktion finanzielle Mittel zu entziehen, weshalb wir es befürworten, Militärsteuerverweigerung zu unterstützen und zu praktizieren."
- 10.11.1994 Beschluss der EKD-Synode zur "Militärsteuerverweigerung aus Gewissensgründen" in Halle: Mit diesem Beschluss, in dem ausdrücklich die Militärsteuer-Verweigerung aus Gewissensgründen "... als ein Versuch ethischer Konkretion christlicher Friedensverantwortung respektiert (wird)...", werden fünf Fragen formuliert, die ein weiterführendes Gespräch initiieren sollen.
- 25.-27.11.1994 Tagung des NWFS in Udenhausen bei Koblenz:
Ausführlich wird von der 5. Internationalen Konferenz für Kriegssteuer-Verweigerung in Spanien berichtet. Von dieser Ebene aus soll bei den Vereinten Nationen der NGO-Status beantragt werden.
In über 200 Wahlkreisen wurden Bundestagskandidatinnen und -kandidaten in persönlichen Anschreiben mit dem Anliegen der "Militärsteuer-Verweigerung aus Gewissensgründen" konfrontiert. Für die weitere Lobbyarbeit bilden die eingegangenen Antworten eine sehr konkrete Grundlage.
Zum Sprecher des bundesweiten NWFS wird Siegfried Lausch gewählt.
- 30.11.1994 In einem ausführlichen Schreiben von SzP an die Vorsitzende des EKD-Ausschusses für Kirche, Gesellschaft und Staat wird die Erwartung geäußert, dass "...der Ausschuss für Kirche, Gesellschaft und Staat uns zu einem weiteren Gespräch über die erwähnten Fragen einladen werde. ... Das Gespräch sollte aber, so meinen wir, entsprechend der Struktur der EKD, nicht nur auf der Ebene des Ausschusses geführt werden. Vielmehr handelt es sich um wichtige, teilweise grundlegende Fragen, die wirklich weiterführende Impulse enthalten und daher in den Gliedkirchen ebenfalls besprochen werden sollten. ... Darum bitten wir Sie, bei der Weiterleitung der Fragen an die Landeskirchen auf die Notwendigkeit des Dialogs mit MilitärsteuerverweigererInnen bei der Beratung hinzuweisen."
- 11.01.1995 Synodenbeschluss der EKIR: Die EKIR respektiert die Entscheidung von Pazifisten, "aus biblischen Gründen" den Steueranteil zur Finanzierung der Bundeswehr zu verweigern. Der pazifisti-

sche "Militärsteuerboykott" werde als "Ausdruck des christlichen Friedenszeugnisses" ernst genommen. Die Kirche wolle Menschen, die unter dem Motto "Steuern zu Pflugscharen" einen teilweisen Steuerboykott praktizieren, vor öffentlichen Verunglimpfungen und vor Benachteiligung schützen. Für diese Haltung und ihre Folgen sei allerdings jeder einzelne selbst verantwortlich.

24.-26.03.1995 Jahrestagung von SzP und NWSF in Erfurt:

"Militärsteuer-Verweigerung - der Zwilling der Kriegsdienstverweigerung" Beschlusstext: "...In den zurückliegenden Jahrzehnten seit Ende des 2. Weltkrieges - insbesondere seit der erneuten Gründung von Armeen in Deutschland, haben die Kirchen einen wichtigen Dienst der Seelsorge und der gesellschaftlichen Diakonie wahrgenommen, indem sie die Kriegsdienst-Verweigerung durch Beratung, Begleitung und Öffentlichkeitsarbeit unterstützt haben. Heute erkennen zunehmend mehr Menschen, dass alle Steuerzahlerinnen und Steuerzahler in die Strukturen von Militär und Rüstung verwickelt und an ihnen beteiligt sind. Die Verweigerung aller Arten der Unterstützung von Rüstung und Militär, einschl. Rüstungsexport, ist für viele Menschen zu einer Glaubens- und Gewissensfrage geworden. Darum müssen Rechtsgrundlagen entwickelt werden, die auch ihnen die praktische Ausübung der Glaubens- und Gewissensfreiheit ermöglichen. Die Kirchen sollen auf allen Ebenen den Dialog mit den Betroffenen aufnehmen, Möglichkeiten der Beratung, Begleitung und Unterstützung wie bei der Kriegsdienst-Verweigerung suchen und verwirklichen, sich auch politisch für das Ziel 'Kein Geld für Krieg' einsetzen."

Dieser Text soll in Fortführung des Konziliaren Prozesses von möglichst vielen Gruppen, Organisationen und einzelnen bedacht und in die Beschlussgremien eingebracht werden, damit er 1997 in Graz bei der 2. Europäischen Ökumenischen Versammlung offiziell beschlossen wird.

21.-23.04.1995 Tagung des NWFS in Hannover.

28.05.1995 Beschluss der Mietgliederversammlung des "Dietrich-Bonhoeffer-Vereins zur Förderung christlicher Verantwortung in Bundeswehr, Kirche und Gesellschaft e.V." (dbv): "Die Mitgliederversammlung des dbv erkennt hinter der Militärsteuerverweigerung eine Gewissensentscheidung, die den gleichen Schutz des Grundgesetzes wie die Kriegsdienstverweigerung erfordert."

14.-18.06.1995 DEKT Hamburg: Stand von SzP und NWFS mit einer Postkartenaktion an den Dt. Bundestag. Insgesamt wurden 1.100 Postkarten und Unterschriften gesammelt. Auf den Postkarten viele zustimmende und ermutigende Kommentare. Die geplante Übergabeaktion an die Präsidentin des Deutschen Bundestages Rita Süßmuth oder die Vizepräsidentin Antje Vollmer kam leider "aus Termenschwierigkeiten" nicht am Anti-Kriegstag 1. Sept. zustande; Verweisung an Petitionsausschuss.

Nov 1995 Die Eingabe des Fachausschusses Konziliarer Prozess in der Ev.-Luth. Kirche in Bayern (ELKiB) leitete die Herbstsynode aus Zeitmangel an den Landessynodalausschuss zur Beratung und Entscheidung weiter. In dieser Eingabe wurde die Landessynode gebeten, den Gewissenskonflikt einzelner Gemeindeglieder im Bezug auf die "Militärsteuer" ernst zu nehmen. Des Weiteren wurde sie gebeten, für einen begrenzten Zeitraum einen Berater zu benennen, der Gemeindeglieder, die in solche Gewissenskonflikte geraten, berät.

Nov 1995 Die baptistische Arbeitsgruppe für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung unterstützt als Arbeitgeberin den Steuerboykott einer Mitarbeiterin. Zur Begründung heißt es: "Unserer Mitarbeiterin ist es unerträglich, durch ihre Steuerzahlungen Rüstung und Militär zu unterstützen."

10.12.1995 Postkartenaktion und Geldüberweisungen an den Bundespräsidenten anlässlich des Internationalen Tages der Menschenrechte durch das NWFS. Ca. 200 Personen haben teilgenommen mit ca. 16 persönlichen Briefen; dabei sind ca. 14.000 DM sind an verweigten Steuern, Solidaritätsbeiträgen und Spenden überwiesen worden (Einzelbeiträge von 5 DM bis 4.000 DM).

01.-03.03.1995 Tagung von SzP und NWFS in Halle:

"Was nicht zur Tat wird, hat keinen Wert!" mit Pfr. Dr. Jochen Vollmer und OKR Ludwig Große

Referat von J. Vollmer zum Thema: "Was ist des Kaisers? – Erwägungen zur Grenze staatlicher Macht und der Loyalität eines Christenmenschen gegenüber dem Staat."

Referat von OLKR L. Große / Eisenach "Seid Täter des Wortes und nicht Hörer allein" (Jak. 1, 22): "Auf diesen Beschluss (der EKD-Synode vom 10.11.94) sollten wir uns berufen. Von ihm ist

für weitere Gespräche auszugehen. Wir können damit rechnen, dass eine ganze Reihe von Synodalen, die dazu beigetragen haben, dass dieser Beschluss zustande kam, auf der Grundlage der Aufzählung vom 10.11.1994 das Gespräch weiterführen wollen und werden.“ Er bedauert in diesem Beitrag sehr, dass dieses Gespräch im ganzen Jahr 1995 nicht fortgeführt wurde und auch nicht in der Herbstsynode 1995 aufgenommen wurde.

- 07.03.1996 Der Landessynodalausschuss der ELKiB konnte sich dem Vorschlag des Fachausschusses Konziliarer Prozess, einen eigenen Berater zu benennen für Gemeindeglieder mit Gewissenskonflikten, nicht anschließen. Stattdessen wurde auf das flächendeckende Netz von Beratern für KDV hingewiesen.
- Apr 1996 Die 11. Tagung der 8. Kirchensynode der Ev. Kirche in Hessen und Nassau (EKHN) verweist den Antrag der Dekanatsynode Ingelheim zum Problem der Militärsteuer-Verweigerung an den Ausschuss für Mission und Ökumene.
- 01.04.1996 Tagung von SzP und NWFS:
Die Teilnehmenden verabschieden ein Schreiben an das Präsidium der EKD-Synode, in dem das beschlossene “weiterführende Gespräch“ angemahnt wird.
- 23.04.1996 In einem Antwortschreiben des EKD-Synodalebüros wird u. a. ausgeführt, dass sich bis zur Herbstsynode 1995 folgender aktueller Sachstand “an dem sich bis zum heutigen Tage auch nichts geändert hat“, ergeben hatte:
“Die Kammer für öffentliche Verantwortung hat Beratungen über das Verhältnis von Rechtsordnung und Gewissensentscheidung aufgenommen. ... Die vom Rat eingesetzte Arbeitsgruppe ‘Zukunft christlicher Friedensdienste’ geht auch der Frage nach, wie die Militärsteuerweigerung als ein Versuch ethischer Konkretion christlicher Friedensverantwortung in der Weiterentwicklung christlicher Friedensdienste zur Geltung gebracht werden kann. ... Die Frage, welche Möglichkeiten das geltende Recht für eine Umwidmung von Steueranteilen für die Friedensarbeit zulässt und welche Möglichkeiten zur Weiterentwicklung des Steuerrechts zu entwickeln sind, ist in dem FEST-Gutachten ‘Pazifistische Steuerweigerung und allgemeine Steuerpflicht’ erschöpfend bearbeitet worden.“
Kein Wort zur beschlossenen Wiederaufnahme des Gesprächs!
- 19.06.1996 Gespräch der rheinischen Regionalgruppe von SzP mit OKR Bewersdorff vom Landeskirchenamt der EKIR. Allg. Lagebeurteilung: Politisch und steuerrechtlich z. Z. keine Bewegung in der Sache.
- 26.06.1996 Im Protokoll zur Sitzung des Fachausschusses Konziliarer Prozess der ELKiB wird darauf hingewiesen, dass sich die KDV-Berater im Rahmen der Seelsorge mit dem Thema “Militärsteuer-Verweigerung“ befassen sollen: “Ausdrücklich wird darauf hingewiesen, dass es sich um einen seelsorgerlichen Auftrag handelt, nicht jedoch um ein politisches Mandat.“
- Sep 1996 Der Ausschuss “Ökumene und Mission“ der EKHN lädt für September am Thema "Militärsteuerweigerung“ Interessierte zu einem Gespräch ein.
- 23.09.1996 In mündlicher Reaktion gegenüber dem Verfasser aus dem EKD-Schreiben vom 23.04.96 teilt Ulrich Frey von der AGDF mit, er erinnere sich dunkel daran, dass es die Arbeitsgruppe abgelehnt hat, dieses Problem mitzubehandeln, weil es nicht zum eigentlichen Arbeitsauftrag des Rates und des Kirchenamtes an die Arbeitsgruppe gehört.
- 02.08.1996 In einem Antwortschreiben an eine Anfrage der rheinischen Regionalgruppe von SzP teilt OKR Bewersdorff / EKIR mit, dass es “... bisher auch keinen konkreten Anlass gegeben hat, Gespräche auf Gemeinde- oder Kirchenkreisebene zu vermitteln.“ Des Weiteren führt er aus: “... Einen Erfahrungsaustausch mit anderen Kirchen in den Fragen der pazifistischen Steuerweigerung hat es in den vergangenen Jahren nicht gegeben. Diese Frage hat auch bei den regelmäßigen Treffen der Beauftragten für Friedensfragen auf EKD-Ebene keine Rolle mehr gespielt. ... An der grundsätzlichen Auffassung im Hinblick auf die Frage der Umwidmung von Steuergeldern hat sich keine Veränderung ergeben. Es sind bisher keine neuen Gesichtspunkte aufgetreten, die eine erneute Diskussion im Hause oder in den Ausschüssen hätte beginnen lassen können.“
- Nov 1996 Bei der Kreissynode Köln-Mitte (EKIR) trat die rheinische Regionalgruppe von SzP mit folgender Aktion auf: Auf jedem Platz der Synodalen lag eine eigens von der Gruppe gestaltete Faltkarte zum Foto “Patronenhülsen lasten schwer auf dem Gekreuzigten“ des Beuys-Schülers Alfred

Grimm. Zudem gab es einen Informationsstand und die Aufforderung an alle zu wählen: "Wofür wollen Sie Ihre Steuern verwendet wissen: Militärsteuer oder Friedenssteuer?" 40 Personen warfen ihre "Wahlkastanie" in einen Plastikbecher für Friedenssteuer, teilweise nach kurzem Gespräch.

- 15.-19.11.1996 Eingabe der SzP-Regionalgruppe Ost an die 24. Synode der Ev.-Luth. Landeskirche Sachsens (ELKS) zu Gewissensbedenken gegen die Zahlung von Steuern für Militär und Rüstung. Antwortschreiben v. 21.01.1997: "Ob Ihr Anliegen in der zukünftigen friedensethischen Diskussion Raum finden wird, kann noch nicht gesagt werden. Auf jeden Fall achten wir das persönliche Zeugnis derer, die sich für diesen Weg entscheiden, und deshalb bleiben uns Stimmen wie die Ihre weiterhin wichtig. Wir halten es aber nicht für möglich, Steueranteile zurückzuhalten und haben zu akzeptieren, dass die Steuerhoheit beim Staat liegt. Es wäre sinnvoller, mit anderen Mitteln auf den Abbau von Rüstung hinzuweisen."
- Nov 1996 Schreiben der SzP-Regionalgruppe Ost an die Kirchenleitung und Landessynode der Ev. Kirche der Kirchenprovinz Sachsen (KPS) und zur Information an Synode und Rat der EKD sowie an verschiedene Gliedkirchen.
Ausgehend von der Abweisung der Klage von Gerlinde Rambow Pfr. Martin Rambow vor dem Thüringer Finanzgericht am 21.11.96 und ermutigt durch das Echo, welches diese Verhandlung in den Medien gefunden hat, bittet die Regionalgruppe Ost um die Beantwortung folgender Fragen:
- Mit welcher Art von Begleitung und Unterstützung seitens der Kirche dürfen wir als Militärsteuer-erweigerer nun konkret rechnen?
- Welche konkreten Bemühungen gibt es seitens unserer Kirche um die Einrichtung von Anderkonten/Verwahrkonten für die verweigerten Steueranteile?
- Wie stellt sich die Kirche zu den Beispielen anderer Arbeitgeber, die es bereits praktizieren, auf Antrag der ArbeitnehmerInnen die auf die Militärsteuer entfallenden Steueranteile (in unserem konkreten Fall 25 %) einzubehalten, d.h. nicht an das Finanzamt abzuführen?
- Welche konkreten politischen Forderungen ist die Kirche bereit zu erheben (im hier vorliegenden Fall: Änderung des Steuerrechts, damit die Militärsteuer-erweigerung aus Gewissensgründen ermöglicht wird)?
- Sollte nicht die jetzige Synodaltagung aus Anlass des ersten Gerichtsverfahrens in Ostdeutschland sofort eine Beauftragung vornehmen und die Beratung und Begleitung von Militärsteuer-erweigerern als ein wichtiges Arbeitsfeld der Kirche institutionalisieren, wie es selbstverständlich und richtigerweise auch in bezug auf Waffendienstverweigerung und Friedensdienst seit langem praktiziert wird?
- In der Frage des Kirchenasyls haben sich die Kirchen bereit gefunden, den rechtlichen Rahmen eines Problems bis an seine Grenzen auszuloten. Sie haben hier die Würde des Einzelnen über formales Recht gestellt. Wir erwarten dies auch in der Frage der Pazifistischen Steuer-erweigerung.
- Nov 1996 6. Internationale Konferenz für Militärsteuer-Verweigerung und Friedenssteuer-Initiativen in Hoddesdon / GB.
- 14.-16.03.1997 Tagung von SzP und NWFS in Obermörlen:
"Der Weg ist das Ziel, aber was ist unser Weg?"
Mit einer Zukunftswerkstatt, deren Fazit ist: Es wird kein neues Konzept für Strategien erarbeitet, sondern so weiter gearbeitet wie bisher. Wir beschließen, nach einem Vortrag von Thomas Mayer, der Kampagne "Mehr Demokratie e.V." beizutreten. Gudrun Rehmann wird die Kontaktpflege übernehmen.
- Mrz 1997 Mit knapper Mehrheit beschließt die 14. Tagung der 8. Synode der Ev. Kirche in Hessen und Nassau (EKHN) aufgrund einer Vorlage des Ausschusses für Mission und Ökumene folgenden Text:
„Die Synode unterstützt Initiativen für einen gewaltfreien Umgang mit Konflikten. Unter uns ist strittig, ob die Bereitstellung von Militär und ggf. der Einsatz von Waffengewalt zum Frieden beitragen. Jedoch gehört die Orientierung am Shalom Gottes, an der von Jesus proklamierten Feindesliebe und dem Geschenk der Versöhnung zum Herzstück unseres christlichen Glaubens. Deshalb drückt die Synode ihren Respekt gegenüber Menschen aus, die sich aus Gewissensgründen für eine „Militärsteuer-erweigerung“ entschieden haben. Diese Menschen wollen so ein deutliches christliches Friedenszeugnis ablegen und sind bereit, dafür auch persönliche Nachteile in Kauf zu nehmen.

Die EKHN achtet diese Entscheidung, sie wendet sich gegen öffentliche Verunglimpfung und Benachteiligung der Betroffenen und ist zum Dialog mit ihnen bereit.
Die EKHN bietet den Militärsteuerverweigerern Beratung an.“

In dem verabschiedeten Beschluss fehlt die in der Vorlage noch enthaltene Zuweisung der Beratungsaufgabe an den Beauftragten für KDV sowie die Bitte an die EKD, sich für eine gesetzliche Regelung der Militärsteuerverweigerung einzusetzen.

- 26.04.1997 Der theologische und der sozial-ethische Ausschuss der Landessynode Sachsens veranstaltet in Dresden eine Anhörung zu friedensethischen Fragen. Ob es dabei auch zur Erörterung des Synodenbeschlusses zur Militärsteuerverweigerung vom 19.11.96 gekommen ist, konnte vom Unterzeichnenden dieser Übersicht noch nicht festgestellt werden.
- 26.05.1997 Beim Treffen des Arbeitskreises „Militärsteuer und Gewissensfrage“ an der Ev. Akademie Berlin-Brandenburg waren unter den 25 Teilnehmenden auch Vertreter der 3 Kirchengemeinden, die eine Eingabe an die letzte Synode der Ev. Kirche Berlin-Brandenburg eingereicht hatten. Nach einem Eingangsreferat von Prof. Wolf Krötke von der Humboldt-Universität über das Gewissen wurde über die rechtlichen Bedingungen informiert. Der Liedermacher Gerhard Schöne hat den Abend mit einigen Liedern umrahmt. Zum nächsten Treffen am 21.08.97 wurde beschlossen, weitere Interessanten einzuladen, „...um künftig einen größeren Kreis an unserem Gespräch zu beteiligen und weitere Schritte zu überlegen.“
- Jun 1997 “Gewissensentscheidung und Rechtsordnung“ (EKD-Thesenreihe der Kammer für Öffentliche Verantwortung).
- 23.-29.06.1997 2. Europäische Ökumenische Versammlung in Graz: Christa Voigt führt einen Workshop durch.
- Okt 1997 Mit einer ausführlichen Begründung wird eine Eingabe an die Herbstsynode der EKith durch 21 Unterzeichnende der SzP-Regionalgruppe Ost eingebracht:
“Wir bitten die Synode zu beschließen:
Die Synode unterstützt Initiativen für einen gewaltlosen Umgang mit Konflikten. In den Gliedkirchen der neuen Bundesländer hat die Friedensbewegung in dem biblischen Symbol ‘Schwerter zu Pflugscharen’, der Friedensdekade und der Beratung von Kriegsdienstverweigerern eine bekennende Tradition.
Darum erklärt die Synode ihre Bereitschaft zur Unterstützung von Menschen, die sich aus Gewissensgründen für eine ‘Militärsteuerverweigerung’ entscheiden.
Sie setzt sich dafür ein, dass Militärsteuerverweigerung aus Gewissensgründen auf eine legale Weise durch die Einbeziehung in den Art. 4,4 GG ermöglicht wird.
Sie unterstützt das Anliegen von Militärsteuerverweigerern, dieses Geld für eine Friedenssteuer umzuwidmen.
Sie wird sich bei staatlichen Stellen für die Finanzierung eines Zivilen Friedensdienstes aus Steuermitteln einsetzen. Die Synode unterstützt die Ziele, den Frieden durch Abrüstung, Rüstungskonversion und Rüstungsexportverbote zu fördern.“
- 05.11.1997 Eingabe der SzP-Regionalgruppe Ost an die Thüringer Bundestagsabgeordneten mit dem Appell, gegen den Bau und Kauf des Eurofighter zu stimmen (auch vom Runden Tisch der sozialen Verantwortung für Thüringen (ALI). Wurde mit 23 Unterschriften aufgenommen, 11.11.1997).
Antworten:
Norbert Otto, CDU: “Notwendigkeit des E. ist sicherheitspolitisch begründet.“
Dr. Ruth Fuchs, PDS: “Unsere Bundestagsgruppe ... wird diesem Projekt die Zustimmung verweigern.“ (Protokoll der Bundestagsitzung beigelegt).
- Herbst 1997 Tagung Netzwerk Friedenssteuer.
- Jan 1998 Antrag von Pfr. Stefan Müller an die Thüringer Synode zur Militärsteuer-Verweigerung.
Antwort: “... allerdings sieht sie in der Haltung der ‘pazifistischen Steuerverweigerer’ (nach EPD-Dokumentation von 1993) keinen tauglichen Weg, da dieser gegen geltendes Recht verstößt. Gleichwohl betont die Synode: Es ist notwendig, die grundsätzliche friedensethische Diskussion neu zu führen (nach dem Kommuniqué des Rates der EKD vom März 1993 zum Thema ‘Militärsteuerverweigerung’).“
- 31.08.1998 Bei der 2. Konsultation zwischen der Kirchenleitung der EKIR und Gruppen im Konziliaren Pro-

zess wurden Handlungsempfehlungen für die zukünftige Arbeit im Konziliaren Prozess in der EKIR zusammengetragen:

“... Unterstützung von pazifistischer Steuerverweigerung: Vernetzung der Dienststellen mit Verweigernden; juristische Begleitung; seelsorgerliche Begleitung; Herbeiführung eines Synodenbeschlusses für Steuerumwidmung; Unterstützung der Gesetzes-Initiative des MWFS...“.

- 06.-08.03.1998 Tagung von SzP und NWF in Obermörlen:
"GegenSteuern - aber wie?"
"Gewissensentscheidung und Rechtsordnung" (EKD-Thesenreihe der Kammer für Öffentliche Verantwortung) wird diskutiert und ein Votum von uns erstellt. Wir bitten um Gesprächsaufnahme mit uns und "...erwarten, dass Sie sich für eine gesetzliche Regelung zur Bereitstellung einer gewissen gemäßen Handlungsalternative auch im Steuerrecht sowie für die Schaffung eines Friedenssteuerfonds zur Finanzierung gewaltfreier Konfliktbewältigung (ZFD) einsetzen."
Beschluss für Mitgliedschaft bei "Mehr Demokratie e.V."
- 06.04.1998 Antwort von OKR Heidingsfeld auf unseren Brief zu EKD-Texte 61 "Gewissensentscheidung und Rechtsordnung": "... Die Fragen, um die es hier geht, sind Streitig und bleiben es auch. ... Auch wenn 'auf militärische Machtmittel gegenwärtig und zukünftig in einer internationalen Friedensordnung nicht verzichtet' werden kann, so liegt gerade darin ein starkes Motiv dafür, den Beitrag ziviler, gewaltfreier Konfliktbearbeitung zur Sicherung und Förderung des Friedens politisch zu institutionalisieren und rechtlich abzusichern."
- 24.09.1998 Sebastian Fleischhack klagt vor dem Finanzgericht Grimma (Einspruchsentscheidung 16.09.1999, Urteil 21.02.2001, Beschluss Bundesfinanzhof 09.01.2002, Ablehnung vom Bundesverfassungsgericht am 02.05.2007)
- Dez 1998 7. Internationale Konferenz für Militärsteuer-Verweigerung und Friedenssteuer-Initiativen in Neu Delhi / Indien.
- 12.-14.03.1999 Tagung von SzP und NWFS in Erfurt:
"Wer Zeichen setzen will, muss verstanden werden. Gewissensfreiheit oder Militärfreiheit?"
Ein Flugblatt für die Synode der Landeskirche Thüringen am 18.03. wird verfasst.
Der Gesprächstermin mit der EKD am 09.07. wird nach heftiger Diskussion abgesagt, da die Kirchenleitung sich nicht kooperativ zeigt und stets unser Thema ablehnt; der Adressat ist Manfred Kock, Präses der EKIR und Ratsvorsitzender der EKD. Dazu wird eine Pressemitteilung verfasst, in der es heißt: "... 'Steuern zu Pflugscharen' sagt Gespräch mit EKD ab – EKD nicht dialogbereit. EKD nimmt 'mit Bedauern zur Kenntnis'".
- 22.04. 1999 Gespräch im Landeskirchenamt der EKIR, war erfolgreich und ermutigend. Aber gemeinsames Gespräch mit allen betroffenen Arbeitgebern wurde nicht angenommen.
- 31.05.1999 Hannelore Morgenstern-Przygoda / Köln hat darum gebeten, die Zuwendung für ihr 25-jähriges Dienstjubiläum nicht auszuzahlen, sondern für eine Veranstaltung zur Militärsteuerverweigerung zu verwenden.
Dementsprechend fand die Jubiläumsfeier unter dem Thema "Kein Geld für Krieg! Müssen wir wirklich Krieg mit finanzieren?" in der Kreuzkirche Köln statt: ein Fachgespräch über Verfahrenswege der Arbeitgeber und Beschäftigten für gewissen begründeten Lohnsteuerabzug mit Fachanwalt Dr. Franz Kloubert, Essen und LKR Elke Wieja/EKIR, die ab sofort Beratung für Arbeitgeber und -nehmer zusagt.
- 16.-21.06.1999 DEKT Stuttgart: Infostand von SzP und NWFS.
- 1999 Eingabe von Stefan Müller, Ines Stephanowsky und Brunhilde Stötzner (PfarrerInnen der EKIR) an die Thüringer Herbstsynode zur Militärsteuer-Verweigerung anlässlich des Jugoslawienkrieges. Keine Verhandlung des Themas in der Synode. Die Antwort beruft sich auf das vorjährige abschlägige Schreiben (siehe oben).
- 1999 Mitteilung an den Ratsvorsitzenden der EKD M. Kock über die zum Kirchentag von mehr als 1.200 Unterzeichnenden unterstützte Resolution. Zur Kenntnis genommen.
- 21.07.1999 Antwort der EKD, Referat für KD, zur Bitte von Lutz-E. Bohr, die Haltung der EKD zu unserem Thema neu zu bedenken und den Dialog wieder aufzunehmen (gerade jetzt durch den Kosovokrieg): "Leider ... z.Zt keine Möglichkeit. ... Die Meinungsbildung in der EKD ist in der von

Ihnen vertretenen Fragestellung zur Zeit zu einem gewissen Abschluss gelangt. ... sehe ich keine Möglichkeit, die Frage jetzt erneut auf die Tagesordnung zu setzen.“

- Sep 1999 Arbeitskreis Pazifistische Steuerverweigerung der Kreissynode des Kirchenkreises Köln-Mitte: “Am Freitag, dem 13.08.1999, haben die anwesenden Mitglieder des Arbeitskreises beschlossen, die Beauftragung der Kreissynode von 1994 (u.a. Unterstützung der Verweigernden) als in dieser Form nicht fortführbar zu beenden. Es fehlt uns nicht an der Überzeugung, dass unser Anliegen dem Evangelium und dem Geist des Grundgesetzes entspricht, aber es fehlt an Perspektiven für den Arbeitskreis. Der Arbeitskreis dankt der Kreissynode für die Beauftragung.“
- Okt 1999 Erster Kontakt von SzP Ost mit dem neuen Friedensbeauftragten der KPS Johannes Lewek, der später Mitglied der Gruppe wird.
- 1999 Brief von Bernhard Willner (KPS) an die Deutsche Bischofskonferenz: “Schlussfolgerungen aus dem NATO-Krieg gegen Jugoslawien für die Pastoral: Beendigung des Militärseelsorgevertrages und Umwidmung der Kriegssteuer in eine Friedenssteuer.“
- Nov 1999 Zur Friedensdekade: SzP-Regionalgruppe Ost (durch Martin Rambow) verschickt an alle landeskirchlichen und Diözesan-Jugendämter die Materialien von SzP/NWFS, Aufkleber, Infoblatt und Rückpostkarte für Interessenten. Nur 1 oder 2 Bestellungen.
- 11.11.1999 Die EKD-Synode “...bittet die politisch Verantwortlichen in unserem Staat, alle Möglichkeiten auf internationale Ebene auszuschöpfen und den kriegesischen Konflikt in Tschetschenien sofort zu beenden...” Außerdem bekräftigt die Synode "ihren Beschluss von 1998 zu Rüstungsexporten und Waffenhandel. Sie bittet den Bevollmächtigten des Rates, aus aktuellem Anlass der Bundesregierung den Beschluss in Erinnerung zu rufen und bei den anstehenden Entscheidungen über Rüstungsexporte sowie bei der Überarbeitung der Rüstungsexportrichtlinien zu berücksichtigen." Schließlich bittet die Synode den Rat um die Erarbeitung einer Friedensdenkschrift binnen zwei Jahren.
- 22.11.1999 Gespräch der SzP-Regionalgruppe Rheinland im Landeskirchenamt der EKIR: “Erst wenn klar ist, dass ein Gesetzentwurf in den Bundestag kommt, soll er auch an die Kirchenleitungen mit der Bitte um Unterstützung gegeben werden.“
- 03.12.1999 Antwort des Ratsvorsitzenden der EKD Schmude auf die Bitte von Lutz-E. Bohr: Einbezug in die Fortsetzung des Dialogs zwischen der EKD und den Friedensgruppen. “... Der Dialog mit der EKD wird wahrscheinlich nicht über eine Fülle von bilateralen Kontakten sondern nur über eine konzertierte Form der Verständigung laufen können. Ansonsten bleibt das Kirchenamt der EKD ... der für Sie zuständige Ansprechpartner auch in diesen Fragen.“
- Ende 1999 Herausgabe des Buches von Martin Arnold “Gütekraft erforschen – Kraft der Gewaltfreiheit, Satyagraha, Strength to love“.
- 09.-14.01.2000 Landessynode der EKIR: Friedensethische Option und Konzepte zur gewaltfreien Lösung von Konflikten.
- 21.01.2000 Beschluss EKIR 1/2000 zum Kirchenasyl. Wir meinen, das sei auf unser Gewissensproblem anwendbar: “Kirchengemeinden, die sich für die Verwirklichung dieser Menschen- und Grundrechte einsetzen, stellen daher nicht den Rechtsstaat in Frage, sondern leisten einen Beitrag zum Erhalt des Rechtsfriedens und der Grundwerte unserer Gesellschaft. ... Grundlagen unseres Glaubens ... grundsätzlich Unterstützung und Anerkennung.“
- 24.-26.03.2000 Tagung von SzP und NWFS in Erfurt: “Strategien für 2000“. Hier wurde unsere “Erklärung“ verabschiedet (siehe Herbst 2000). Das Projekt "Euro-Friedensmünze" wurde aufgegeben. (Es war angeregt worden, eine Euro-Münze als Friedensmünze zu gestalten. Es konnte jedoch keine gesellschaftliche Gruppierung für die Unterstützung gefunden werden. Die EKD lehnte dies im Januar 1999 ab).
- Mrz 2000 Zusammenstellung einer Kurzfassung möglicher gesetzlicher Regelungen, Vorschläge und Entwürfe der “AG Gesetzesinitiative“. Entwürfe von Dedo v. Krosigk, Sepp Rottmayr, Klaus-Martin Voigt, Günther Lott.
- Mrz 2000 Beschluss von SzP, anlässlich der im November in Braunschweig stattfindenden EKD-Synode: 1. Eine Pantomime im Foyer unmittelbar vor Beginn der Synode,

2. einen Info-Stand,
3. einen Brief an alle Synodalen mit dem Anliegen den Rat der EKD mit der Erarbeitung einer neuen Friedensdenkschrift zu beauftragen.
- 26.05. 2000 Das Millennium-Forum der UNO nimmt die Erklärung von CPTI an: "Im Zusammenhang mit dem Recht, nicht Mittäter bzw. Mittäterin beim Töten zu werden, fordern wir die volle gesetzliche Anerkennung des Rechtes auf gewissenbedingte Verweigerung." Die Erklärung wird von Generalsekretär Kofi Annan an alle Staatsoberhäupter und UN-Delegierte weitergeleitet zur Vorbereitung des Millennium-Gipfels
- 06.-08.09.2000 CPTI arbeitet nun kontinuierlich an den UN-Standorten New York und Genf (während der Tagung der UN-Menschenrechtskommission).
- Jul 2000 Ein Antrag von Lutz E. Bohr im Blick auf die EKD-Synode im November entsprechend dem Beschluss vom Mrz 2000 wird vom EKD-Kirchenamt abgelehnt ("keine Notwendigkeit").
- 06.-09.07.2000 8. Internationale Konferenz der Militärsteuer-Verweigerung und Friedenssteuer-Initiative in Washington D.C./USA. Hannelore Morgenstern-Przygoda nimmt als Delegierte und auf Kosten der EKIR teil (neben weiteren Mitgliedern des NWFS).
- 05.08.2000 Der EKD-Synodale Ludwig Große, Superintendent i.R., Thüringen, bittet das EKD-Präsidium, zur Vorbereitung einer neuen Friedensdenkschrift Gespräche der EKD-Synodalen untereinander und mit Experten über die Friedensverantwortung unserer Kirche heute zu führen. „Angesichts der Beteiligung von deutschen Verbänden an militärischen Einsätzen ‚out of area‘ mit humanitärer Begründung und der dafür aufgewendeten Haushaltsmittel und Steuergelder stellt sich die Frage der Gewissensfreiheit in Gestalt einer Friedenssteuer erneut auf verschärfte Weise. Die bisherige Ablehnung einer solchen Möglichkeit mit der Begründung: ‚Wir haben nun mal solche Gesetze‘, relativiert die Forderung des Grundgesetzes zugunsten eines erstarrten Legalismus und missachtet sie.“
- 27.09.2000 Wort der Deutschen Bischofskonferenz (BiKo) "Gerechter Frieden" ("Friedenshirtenbrief"), ein Dokument von 114 Seiten, gliedert in die Teile: Teil 1 "Gewaltfreiheit in einer Welt der Gewalt. Die biblische Botschaft vom Frieden." Der sozialetische Kern ist überschrieben mit "Elemente innerstaatlicher und internationaler Friedensfähigkeit", Teil 3 "Aufgaben der Kirche." – Der vorherige Friedenshirtenbrief "Gerechtigkeit schafft Frieden" stammte aus dem Jahr 1983.
- Herbst 2000 Start einer zeitlich unbefristeten Unterschriftenkampagne zur Unterstützung der Kriegssteuer-Verweigerung. Der Wortlaut der Erklärung:
"Ich trete/wir treten für eine gesetzliche Regelung ein, nach der niemand gegen sein Gewissen gezwungen werden darf, durch Steuern und Abgaben zur Finanzierung von Militär und Rüstung beizutragen. Stattdessen ist die Verwendung dieser Zahlungen für zivile Aufgaben sicherzustellen."
- 15.10.2000 Die SzP-Regionalgruppe Ost formuliert einen ausführlichen Offenen Brief an alle Synodalen, der im Wesentlichen auf die neue friedenspolitische Situation nach dem Bosnien- und Kosovokrieg und nach Einführung der neuen NATO-Strategie hinweist und beklagt, dass die in der alten EKD-Friedensdenkschrift von 1993 "Schritte auf dem Weg des Friedens" aufgestellten vier Bedingungen, unter denen die Kirchen einem Krieg im äußersten Falle zustimmen dürften, sämtlich nicht im Verlauf des Kosovo-Krieges zum Tragen gekommen waren. Von daher sei eine neue Friedensdenkschrift dringend notwendig.
Antwort von OKR Dr. E. Pausch: Neue orientierende Schrift ist beschlossen; die Kammer für Öffentliche Verantwortung wird Genus und Umfang allein bestimmen; Anliegen der Steuerumwidmung ist von der EKD-Synode nicht aufgenommen worden, u.a. aus rechtlichen Gründen.
Pfarrerin Ilse Staude schreibt mit gleichem Anliegen und Bitte um Mitarbeit bei einer neuen Friedensdenkschrift.
Antwort OKR Dr. E. Pausch: Materialien zur Zuarbeit für die Friedensdenkschrift werden vom Vorsitzenden der Kammer entschieden. Viele Gründe stehen einer Unterstützung der Steuerumwidmung entgegen, u.a. rechtliche Aspekte.
- 20.07. 2001 Lutz-E. Bohr schreibt bekräftigend im Zusammenhang mit der Sorge um den Mazedonien-Krieg noch einmal mit Nachdruck um die Erarbeitung dieser Friedensdenkschrift.
Antwort OKR Dr. E. Pausch: Die neue Schrift wird daran gemessen werden, ob die in ihr enthal-

tenen Grundsätze und Kriterien sich auch auf die gegenwärtige, kritische Situation in Mazedonien anwenden lassen.

- 04.02.2001 In Berlin wird die "Ökumenische Dekade zur Überwindung von Gewalt" eröffnet. Ausgerufen wurde sie von der Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen.
- 14.02.2001 21. Friedenskonsultation der landeskirchlichen Friedensausschüsse und Friedensdienste in der EKD in der Akademie Iserlohn unter dem Motto "Kehrt um, so werdet ihr leben". Im verabschiedeten Arbeitspapier steht unter Punkt 5.:
"... Statt weiter aufzurüsten ist es notwendig, dass der Staat entschieden in den Ausbau von Friedensfachdiensten in dem gleichen Maße wie bislang in das Militär investiert. Auch die Kirche muss den Ausbau von Friedensfachdiensten fördern. Es ist zu prüfen, inwieweit es sinnvoll sein kann, dass die Kirche dieser Forderung politisch Nachdruck verleiht, indem sie z.B. Einzelne in ihrer Entscheidung einen gezielten Militärsteuer-Boycott auszuüben, berät, begleitet und unterstützt." Das Papier wurde von 36 Unterstützern unterschrieben.
Wir nehmen über Ilse Staude Kontakt auf.
- 21.02.2001 Sebastian Fleischhack, Mitglied der SzP-Regionalgruppe Ost, prozessiert vor dem Oberfinanzgericht in Leipzig gegen sein Finanzamt wegen der Festsetzung seines Steuerbescheides von 1997. Er verliert den Prozess; Revision wird nicht zugelassen. Nicht zuletzt wegen einer deutlichen Solidaritätsbekundung am Rand des Friedensstudententages im Januar 2001 in Magdeburg hat er sich entschlossen, gegen die Nichtzulassung der Revision Beschwerde vor dem Bundesfinanzhof einzulegen. Ein Rechtsanwalt wurde gefunden; die Kosten sollen aus Restmitteln eines Fonds des Sächsischen Beauftragten für KDV bezuschusst werden. Der Fonds war zu DDR-Zeiten für die Arbeit mit Bausoldaten vorgesehen.
- 23.-25.03.2001 Tagung von SzP und NWFS in Fronhausen:
"Friedenssteuer – Vision und Realität" mit einem Vortrag von OKR i.R. Ludwig Große (ELKiTh) und einer Friedensaktion in Marburg zum Jahrestag des Beginns des Kosovokrieges.
- Mrz 2001 Vorlage einer Pro-Kontra-Argumentation zum Friedenssteuergesetz der AG Gesetzesinitiative.
- Mai 2001 Beschluss des Dietrich-Bonhoeffer-Vereins dbv auf seiner Jahrestagung, unsere Erklärung gemeinsam zu unterschreiben und sich mit uns zu vernetzen. Seither lebendiger Kontakt und wichtige Unterstützer-Organisation.
- 13.-17.06.2001 DEKT Frankfurt / Main:
Die von SzP formulierte "Resolution im Kirchentag" wird mit der nötigen Stimmenmehrheit beschlossen, unterstützt durch weitere 1.800 Unterschriften. Aufgrund dieses Textes und der neu gewonnenen breiten Unterstützung bleibt zu hoffen, dass es in nächster Zeit zu einem neuen, intensiveren Dialog zwischen den Militärsteuerweigerern und den Kirchen kommen wird.
- Jun 2001 Herausgabe des Lobby-Ratgebers und weitere Anregungen für Lobby-Mitarbeiter in einem "Arbeits-Set" von der AG Gesetzesinitiative/NWFS
- Jul 2001 Es wird ein entsprechender Antrag, der durch Lutz E. Bohr gestellt wurde, vom EKD-Kirchenamt abgelehnt ("keine Notwendigkeit").
- Aug 2001 Reaktion von Bischöfin Dr. Margot Käßmann: Froh über die Kontakte, aber "ich unterschreibe grundsätzlich keine Resolutionen, es kommen so viele Anfragen – da bitte ich um Verständnis."
- Sep 2001 Die SzP-Regionalgruppe Ost formuliert bei ihrem Treffen einen Brief an alle Bischöfe der Ev. Landeskirchen, in dem durch die Herausforderung durch die Ereignisse des 11. September in New York an die Notwendigkeit eine Rückbesinnung der Option der Thementrias des Konziliaren Prozesses erinnert wird.
Zwei Reaktionen: eine von der neuen Bischöfin Bärbel Wartenberg-Potter aus der Nordelbischen Ev.-Luth. Kirche und eine aus dem Konsistorium Berlin-Brandenburg von Dr. Lütcke, Bischof Huber und der Landessynode.
- Okt 2001 Stand der Unterschriftensammlung zur Grundsatz-Erklärung: 5.500 Unterschriften.
- Okt 2001 Erklärung auf unserer Web-Site: www.netzwerk-friedenssteuer.de
- 03.10.2001 Martin und Gerlinde Rambow wenden sich an ihren Bischof (KPS) mit der Bitte um Unterstüt-

- zung ihres Anliegens, den Steueranteil für Militär durch den Arbeitgeber Kirche der KPS einzubehalten oder auf ein Anderkonto zu hinterlegen.
 Persönliche Antwort des Bischofs: Er würde das Anliegen gern unterstützen, wenn er Möglichkeiten sähe. Er erkundigt sich nach bisher praktizierten Verweigerungen.
- Nov 2001 Gespräch zwischen Pröpstin Begrich (KPS) und Gerlinde Rambow: viel Zeit und große Übereinstimmung. Positives Echo auf unser Anliegen und die Zusage von Unterstützung. "Ich bin zu allem bereit und verstehe gar nicht, wie ein Christ das nicht so sehen kann."
- 29.11.2001 Gespräch zwischen SzP und Vertretern des Landeskirchenamtes der EKIR in Düsseldorf mit Dr. Jürgen Schmude, Präses der EKD-Synode, Christine Busch, Landespfarrerin für Ökumene, Mission und Weltanschauungen, Martin Arnold, Lutz-E. Bohr, Hannelore Morgenstern-Przygoda und Ilse Staudé, SzP.
 EKD: "... zur Zeit gibt es keine Bereitschaft zur Aufnahme Ihres Anliegens. Dazu wäre eine neue Geschäftsgrundlage notwendig ... Das Instrument der Steuerverweigerung ist das eigentliche Problem. Würde ein anderes Instrument gewählt, könnte das neue Möglichkeiten eröffnen ... Falls Sie Unterstützung fänden für die Umwidmung, hätten Sie die volle Verantwortung ... Die bisherigen Regelungen für die Steuerverwendung stellen Sie dagegen von dieser Verantwortung frei ... Rein in die friedensethische Diskussion, weg vom Vorrang Militärsteuer-Verweigerung; vielleicht später wieder aufgreifen."
- 15.01.2002 Prozess von Antje Hildebrandt vor dem Dessauer Landgericht zur Verweigerung der anteiligen Kraftfahrzeugsteuer. Wegen Verfahrensfehlers (nicht eingehaltener Termin) kam es nicht zur Verhandlung. Frau Hildebrandt wird die Klage wiederholen.
- 22.-24.02.2002 Tagung von SzP und NWFS in Fronhausen: "Boykottaktionen" mit Uli Wohland.
 Brief an Bischof Noack (KPS) mit unserem Dank für seine klare Haltung und seinen Brief an die Bundestagsabgeordneten vor der Entscheidung zum Afghanistan-Einsatz.
- Feb 2002 Sebastian Fleischhack legt wegen Nichtzulassung der Revision gegen das Urteil des Landesfinanzhofes Sachsen Beschwerde beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe ein. Über die Annahme wird entschieden. Die Rechtsanwaltskosten konnten schnell und problemlos über Spenden bezahlt werden. (Endgültige Ablehnung am 2.Mai 2007)
- Mrz 2002 Die Landessynode der ELKiTh mit dem Hauptthema "Gewalt überwinden – Frieden ermöglichen" beschließt: "Wir befürworten Initiativen für einen Friedensfonds, der Steueranteile für Friedenszwecke umwidmet. Wir bitten den Landeskirchenrat, Menschen beizustehen, die in Berufung auf Gewissensgründen Steueranteile umwidmen wollen."
 Gerlinde Rambow schreibt einen Dank im Namen von SzP bundesweit; die Regionalgruppe Ost äußert sich in einem Brief von Hannes Lewek ebenfalls dankend und mit konkreten Anliegen zur Unterstützung.
 Auf Nachfrage teilt das Landeskirchenamt Thüringen mit, dass "...der Landeskirchenrat durch den Beschluss nicht legitimiert worden ist, sich für ein angebliches Recht auf Kriegssteuerverweigerung auszusprechen, oder in Form der Einrichtung von Anderkonten dafür zu werben."
- Mrz 2002 Teilnahme am Friedensfachgespräch II über friedensethische Positionen der EKIR (Fachgespräch I im großen Kreis von Friedensgruppen und kleiner Besetzung der Kirchenleitung war am 16.01.01). Hannelore Morgenstern-Przygoda nahm teil.
- Mrz 2002 Teilnahme von Hannelore Morgenstern-Przygoda an der Jahrestagung des BSV in Bonn. Thema: Zur aktuellen Terror- und Kriegssituation: Pazifistische Gegenstrategien". Großes Interesse am NWFS und an der Internationalen Konferenz.
- 02.04.2002 Schreiben an alle Landeskirchen von Gerlinde Rambow im Auftrag von SzP: Nachfrage nach der beim Kirchentag 2001 in Frankfurt verabschiedeten Resolution von uns. Mitteilung über die weiteren 1.800 Unterschriften und Anfrage nach dem Verhalten der einzelnen Kirchenleitungen dazu.
- 05.-08.09.2002 9. Internationale Konferenz für Militärsteuerverweigerung und Friedensinitiativen in Hirschluch/D. In der Abschlusserklärung heißt es u.a.: "Die Anwendung militärischer Gewalt auch als ultima ratio ist mit unserem Gewissen nicht vereinbar.... Nach wie vor besteht ein krasses Missverhältnis zwischen den hohen Militärausgaben und des zu geringen Etats für Unterhalt und Ausbau ziviler

Friedensdienste ... Dieses Missverhältnis soll in die Öffentlichkeit getragen werden. Das Menschenrecht auf Verweigerung aus Gewissensgründen soll auch im Prozess der Verfassungsgebung der EU verankert werden."

Ein neuer Vorstand wird gewählt.

- Okt 2002 Antje Hildebrandt schreibt einen "Mutmachbrief": "Mein Auto fährt militärsteuerfrei!"
Nachdem sie zum 3. Mal 13% ihrer Kfz-Steuer einbehalten und an PBI überwiesen hat, schickt das Finanzamt keine Mahnung mehr. Auch die angedrohte Pfändung ihres Kontos wegen der Anteile aus den Jahren 2000 und 2001 wurde bis dato nicht vollzogen.
- Nov 2002 Netzwerk-Jahrestagung in Eisenach mit moderierter Kampagnenplanung der Unterschriftensammlung im Jahr 2003
- 21.-23.03.2003 Tagung von SzP und NWFS in Frohnhausen:
"Zum FRIEDEN umSTEUERN"
Beschluss der neuen Kampagne "Unterschriftensammlung" und Übergabe an den Bundestag im Mai 2005 - Planung einer Vereinsgründung.
- Apr 2003 Antwortbrief von OKR Pausch / EKD zum Dankschreiben zur ablehnenden Haltung von Präses Kock in der Frage des Irakkrieges. Darin wird erneut festgestellt: "Die EKD ... teilt grundsätzlich die Haltung, die auch die höchsten Gerichte der Bundesrepublik Deutschland in dieser Frage vertreten." (Die Frage der gesetzlich verankerten Militärsteuerungsverweigerung).
- Mai 2003 SzP beteiligt sich an der Mahnwache während der Haftzeit von Dr. Erika Drees in Eisleben. Es gibt eine "Steuerverteilkaktion" auf dem Eislebener Marktplatz am Himmelfahrtstag.
- 28.05.-01.06.2003 1. Ökumenischer Kirchentag in Berlin:
Infostand von SzP / NWFS.
- Jul 2003 Neuer Beauftragter für KDV und ZDL in Thüringen ist Diakon Wolfgang Geffe. Wir nehmen Kontakt mit ihm auf.
- Sep 2003 Erster Kampagnenrat der neu gegründeten Kooperation für den Frieden, in der uns Michael Held vertritt. "Zum FRIEDEN umSTEUERN" wird als Vorschlag eingebracht, Die Freie Heide und das Antiatomwaffenprogramm erhält aber die meisten Stimmen.
- Okt 2003 SzP beteiligt sich gemeinsam mit attac und OFFENEHEIDE an den Feierlichkeiten zum 03.10. auf dem Magdeburger Domplatz: Erklärung wird verteilt (Neues Deutschland am 04.10.03: "Skeptische Zuschauer und Proteste des globalisierungskritischen Bündnisses gegen rot-grünen Sozialabbau am Rande der zentralen Feierlichkeiten zum "Tag der deutschen Einheit" in Magdeburg...").
- 21.-23.11.2003 Tagung von SzP und NWFS in Erfurt:
Gründung des Vereins „Netzwerk Friedenssteuer e.V.“, Beratung zu vorhergegangenen Gesetzesentwürfen sowie Vorstellung und **Verabschiedung eines neuen Zivilsteuerkonzeptes**.
- Jan 2004 Feier von "20 Jahre Einsatz für ein Friedenssteuergesetz" in Heidelberg
- 12.-14.03.2004 Tagung von SzP und NWFS in Fronhausen:
"Gewissensfreiheit und Steuerpflicht – ein Widerspruch?"
Vortrag von Sepp Rottmayr zu "Das Gewissen und der Staatsbürger";
Gründung der neuen AG Öffentlichkeitsarbeit - Hauptziel ist das Finden neuer Mitstreiter/innen.
- Apr 2004 Registrierung des Netzwerkes als Lobbygruppe im Bundestag.
- 21.04.2004 Zweite Klage von Gerlinde und Martin Rambow gegen das Finanzamt Erfurt vor dem Thüringer Finanzgericht Gotha. Der Richter fragt, ob die Kläger nicht auf Verfassungsänderung klagen wollen, was diese aber ablehnen, da zu befürchten ist, dass damit der Prozess sofort ohne weitere Verhandlungen beendet werde. Die Klage wird nach 20 Minuten Verhandlung abgelehnt.
Eine spätere Einladung zu einem Rundgespräch im Nachgang des Prozesses lehnt der Richter (Vizepräsident des Finanzhofes Thüringens) ab mit der Begründung, das Anliegen könne nur politisch, aber nicht juristisch voran gebracht werden.
- Apr 2004 Brief an die "Dekadenbeauftragten" der EKD von Michael Held: Beschlussvorlage für die Sit-

zung des Offenen Forums am 24.05.05 in Hannover. Darin Vorschlag zur gemeinsamen Kampagne für den nächsten Dekadenabschnitt: "Zum Frieden umsteuern".

- Apr 2004 Schreiben an Greenpeace (siehe Dokumente SzP Rambow)
- 04.-06.06.2004 Thüringer Kirchentag in Erfurt mit Info-Standarbeit von SzP (mit viel Zulauf trotz Regen)
- Jun 2004 Netzwerkmaterialien über OKR Große an Tagung der "Aktion Gemeinsinn".
- 08.-11.07.2004 10. Intern. Konferenz über Militärsteuerverweigerung in Brüssel mit 70 Teiln. aus 13 Ländern. Aus der Schlusserklärung: "... Eine andere Welt ist möglich! Unsere Welt hat genug für die Bedürfnisse aller Menschen ... Hören wir auf, das Geld zu verschwenden, das wir dringend brauchen, um allen auf dieser Welt ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen."
- Sep 2004 NWFS unterschreibt bei IPPNW einen Text mit dem Aufruf zum Beenden der Militärmission und für eine zivile Alternative in Afghanistan. Anlass ist die bevorstehende Verlängerung des ISAF-Mandats durch die Bundesregierung.
- 29.-31.10.2004 Tagung von SzP und NWFS in Lehnitz.
Vortrag von Roland Vogt über die FREIE HEIDE.
Vortrag von Dr. Naujok zu seinem Buch "Gewissensfreiheit und Steuerpflicht".
Vorschlag, das Thema Steuerverweigerung als Menschenrecht in Genf einzubringen.
- 27.10.2004 Studientag zu "Kirche des Friedens werden" von den Landeskirchen Sachsen, Thüringen und Sachsen Anhalt in Wittenberg mit drei Vertretern aus der Regionalgruppe Ost. Militärsteuerverweigerung wurde nicht für wichtig und nötig gehalten. Abschlusspapier an Kirchenleitungen.
- Jan 2005 Vorstellung von SzP in der Sächsischen Landeskirche bei dem Friedensbeauftragten
- 11.-13.03.2005 Tagung von SzP und NWFS in Hohenstein-Ernstthal:
"Gebt dem Kaiser nicht, was Gottes ist." Vortrag von Dr. Dietrich Schirmer, Berlin.
- Apr 2005 **Verfassungsrechtliches Gutachten** zum neuen Zivilsteuergesetz von Prof. Dr. Andreas Fisahn.
- Mai 2005 **Steuerrechtliches Gutachten** zum neuen Zivilsteuergesetz von StB Prof. Dr. Dirk Löhr.
- 25.-29.05.2005 DEKT in Hannover mit reger Standarbeit ("Ratsche") und ersten Ausgaben des Dossiers von PublikForum zum Thema Militärsteuerverweigerung.
- 14.06.2005 Übergabe von 12.082 Unterschriften aus der im Frühjahr 2003 beschlossenen Kampagne an Bundestagspräsident Wolfgang Thierse.
- 21.-24.07.2005 Teilnahme von NWFS am ersten deutschen Sozialforum in Erfurt.
- 28.-30.10.2005 Tagung von NWFS in Oberstoppel.
- Dez 2005 Prozess von Klaus Dieter Preis vor dem Nürnberger Finanzgericht.
- Jan 2006 Unterschrift von NWFS und SzP-Regionalgruppe Ost: Appell an UN-Generalsekretär Kofi Annan für ein Moratorium und eine hochrangige UN-Mediationskommission im Iran-Atomkonflikt.
- 17.-19.02.2006 Tagung von SzP und NWFS in Köln:
Podiumsdiskussion: "Zivilsteuer – warum eigentlich nicht" mit Prof. Dr. Dirk Löhr, Finanzexperte, FHS Trier / Daniel Schily, Mehr Demokratie e.V. / Sepp Rottmayr, NWFS.
Vortrag von Prof. Dr. Dirk Löhr zu seinem Gutachten über das Zivilsteuergesetz.
Verabschiedung von Günther Lott aus dem aktiven "Steuerverweigererleben"
- Mrz 2006 "Positionspapier" von Hannes Lewek (Regionalgruppe Ost): Was sind wir / wo stehen wir als Friedensgruppe SzP / NWFS?
- Aug 2006 Die Gruppe pax christi Gewaltverzicht hat (Sepp Rottmayr in der Sprecherschaft) alle Diözesanbischöfe und alle Kirchenleitungen der EKD angeschrieben. U.a. wurde die Bitte um Stellungnahme zu Militärseelsorge und zu einer gesetzlichen Regelung der Kriegssteuerverweigerung erbeten. Diese haben das Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz und das Kirchenamt der EKD beauftragt zu antworten. Die beiden Stellen haben wie folgt geantwortet:

Kirchenamt der EKD Hannover / Dr. Pausch hat sich bedankt und versprochen, diese Stellungnahme bei der neuen EKD-Denkschrift "Aus Gottes Frieden leben - für gerechten Frieden sor-

gen" zu berücksichtigen. Das ist nicht im Sinne des Schreibers geschehen, wenn auch zugestanden wird, dass es einen gerechten Krieg nicht mehr gibt. Weiter schreibt er zum Thema Steuerverweigerung: "Synode und Rat der EKD haben sich vor einigen Jahren intensiv mit dieser Thematik befasst. Sie sind der Meinung, dass keine Argumente erkennbar sind, die eine ethische oder rechtliche Neubewertung nötig machen würden."

- Sekretariat der Bischofskonferenz: "...will ich hier nur festhalten, dass die Deutsche Bischofskonferenz Ihre Auffassung dazu nicht teilt. Allerdings irritiert es mich, dass Sie hier Debatten aus der Frühzeit der 80er Jahre wieder aufwärmen, sozusagen -mit Verlaub- Ladehüter der Geschichte herauskramen. Hält die heutige Weltlage nicht genügend wirklich relevante Fragen bereit ...?" Auf eine Gegenantwort wurde dann gar nicht mehr reagiert, obwohl von Bischof Kamphaus eine positive Rückmeldung gekommen war.

- SzP Ost hat diesen Brief mit unterzeichnet.

17.09.2006 Regionalkirchentag in Kapellendorf mit Thema "Frieden", Beteiligung mit Info-Stand.

26.-29.10.2006 11. Internationale Konferenz CPTI in Woltersdorf b. Berlin.

23.-25.03.2007 Tagung von SzP und NWFS in Leipzig: "Gewissen geht vor".

Zu Fragen der Gewissensfreiheit im Widerstand gegen Rüstung, Militär und Krieg Diskussion mit Florian Pfaff, der als Major der Bundeswehr kurz nach Beginn des Irakkrieges seinen Dienst verweigerte und deshalb vor Gericht stand. Er wurde freigesprochen. Gäste waren die Friedensbeauftragten der ELKS und der EKM.

02.05.2007 Verfassungsbeschwerde von Sebastian Fleischhack wird abgelehnt. Das Urteil ist „unanfechtbar“. (Einspruchsentscheidung 16.09.1999, Urteil 21.02.2001, Beschluss Bundesfinanzhof 09.01.2002, Ablehnung vom Bundesverfassungsgericht am 02.05.2007)

06.-10.06.2007 DEKT Köln: Infostand.

29.02.-02.03.2008 Jubiläumstagung 25 Jahre NWFS und damit auch 25 Jahre SzP in Rotenburg a.d. Fulda: "Vom Aachener Friedenspreis bis zur Verfassungsbeschwerde".
Konzert mit Gerhard Schöne.

05.-08.09.2008 12. Int. Konferenz CPTI in Manchester / GB: "Wie können wir die Denkweise der Politiker verändern?"

15.09.2008 Stellungnahme zur Friedensdenkschrift des Rates der EKD "Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen" (Herbst 2007):
Wir richten uns an die Kammer für Öffentliche Verantwortung der EKD und beziehen uns auf den Abschnitt 62 "Der gesetzliche Schutz der gewissenbestimmten Kriegsdienstverweigerung ist nicht auf die Position des prinzipiellen Pazifismus zu beschränken, er muss auch situationsbedingte Kriegsdienstverweigerung umfassen ..."
Wir bitten um Unterstützung auf dem Weg der Legalisierung des Rechtes auf Kriegssteuerverweigerung.

Nov 2008 Antwort OKR Pausch auf Schreiben betr. Friedensdenkschrift: "Eine Zweckbindung ist mit Steuern grundsätzlich nicht verbunden ... Dafür gibt es keine juristische oder politische Grundlage."

27.12.2008 Erneuter Hinweis an EKD durch SzP auf den Entwurf eines Zivilsteuergesetzes, dessen Anwendung die gewissensneutrale Alternative zur zwangsweisen Militärsteuer bieten würde.

25.03.2009 Antwort OKR Pausch:

Vorschlag zu einem gemeinsamen Gespräch im Haus der EKD mit Mitarbeitern aus der juristischen Abteilung und aus dem Bereich des Steuerrechtes.

16.02.2009 **Einreichung einer Verfassungsklage in Karlsruhe**

Eine Gruppe von 10 Menschen aus der ganzen Bundesrepublik und aus ganz verschiedenen Berufsgruppen hatte sich zusammengefunden und ist am 16. Februar vor das Verfassungsgericht Karlsruhe gezogen.

Grund: Der Haushaltsplan 2009 zeigt wieder eine Erhöhung des Einzelplanes 14, der an 3. Stelle im Gesamthaushalt steht und zwar um stolze 6,4 % gegenüber Arbeit und Soziales mit -0,7% und die Schulden mit -1,9 %. Und wir tragen die Verantwortung für die Verwendung unserer Gelder

alle mit. Es wurde fast ein Jahr lang an diesem Text gearbeitet, sich gestritten, Stellung genommen und schließlich die persönliche Betroffenheit eines jeden Einzelnen niedergeschrieben; federführend war Sepp Rottmayr. Diese sehr individuellen Berichte sind in einem kleinen Heftchen zusammengefasst.

Aus der Klagebegründung:

“Gegen die Verwendung unserer Steuern für Rüstung und Militär, wie sie durch das Bundeshaushaltsgesetz 2009 mit dem Bundeshaushaltsplan festgelegt wird.

Der Bundeshaushaltsplan, festgestellt und in Kraft durch das Bundeshaushaltsgesetz verletzt unser Grundrecht der Glaubens-, Gewissens- und Bekenntnisfreiheit nach Art. 4 Abs. 1 Grundgesetz. Er benachteiligt uns ferner im Sinne des Art. 3 Abs. 3 GG, wenn wir versuchen, nach unserem Gewissen zu handeln.

Gemäß Art. 1 Abs. 3 GG unterliegt das Haushaltsgesetz mit dem Haushaltsplan der Grundrechtsbindung. Wir beantragen daher eine grundrechtskonforme Ausgestaltung des gegenwärtigen und der zukünftigen Haushaltsgesetze dahingehend, dass unsere Steuern nur zivilen (nichtmilitärischen) Zwecken zugeführt werden können.“

- Mrz 2009 Tagung von SzP und NWFS in Weimar.
- Apr 2009 Gespräch von Basisgruppen bei Bischof Noack (EKM), Gerlinde Rambow vertritt SzP dort. Daraufhin gründet sich die Gruppe “Hausener Friedensgespräche“, ein Zusammenschluss von Basisgruppen der EKM.
- 20.-24.05.2009 DEKT Bremen:
“Unsere Forderung an die Kirche: Gleichstellung von Kriegsdienst mit der Waffe und Kriegsdienst mit (Steuer-)Geld“. Hierzu Sammlung von Unterschriften.
- 03.06.2009 Gespräch mit OKR Pausch in Hannover durch Friedrich Heilmann (für den Vorstand NWFS) und Gerlinde Rambow (Sprecherin SzP).
Das Gespräch war im Ergebnis des zur Friedensdenkschrift von 2007 geführten Schriftwechsels zustande gekommen. Absicht unsererseits war, auf ein Gespräch mit dem Friedensbeauftragten der EKD, Schriftführer Pastor Renke Brahm (Leitender Geistlicher der Bremischen Ev. Kirche), zuzusteuern. Dieses kommt mit einem erneuten Anlauf 2011 zustande (s. dort).
- 30.06. 2009 Erarbeitung einer Dokumentation über Netzwerkarbeit in den Kirchen von Hannelore Morgenstern-Przygoda als Zuarbeit zu einer Ausarbeitung, die beim ÖRK in Genf erstellt wird. Diese erscheint im September 2009 (s. dort).
- 02.09.2009 Stellungnahme des Zentralausschusses des ÖRK zum Thema Kriegssteuerverweigerung:
"Der ÖRK und andere zivilgesellschaftliche Organisationen forderten die Vereinten Nationen 1973 nachdrücklich auf, das Recht auf Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen ... anzuerkennen und Kriegsdienstverweigerern alternative Möglichkeiten des Dienstes anzubieten. ... (Eine Studie des ÖRK hob hervor), dass Christen in Ländern, in denen es ein Recht auf Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen gibt, aufmerksam dafür sind, was mit ihren Steuergeldern zur Unterstützung von Krieg geschieht. ... Dieser Aspekt der Verweigerung aus Gewissensgründen verdient weitere Untersuchungen und Aufmerksamkeit. ... Deshalb fasst der Zentralausschuss des Ökumenischen Rates der Kirchen auf seiner Tagung vom 26.08.-02.09.2009 in Genf, Schweiz, folgenden Beschluss:
Der Zentralausschuss
- bestätigt die bestehende grundsätzliche Haltung des ÖRK und bekräftigt seine Unterstützung für das Menschenrecht auf Kriegsdienstverweigerung aus religiösen, moralischen oder ethischen Gründen ..., da die Kirchen die Pflicht haben, diejenigen zu unterstützen, die sich weigern, an der Ausübung von Gewalt teilzunehmen. ...
- ermutigt die Kirchen, sich mit der Frage von Steuergeldern für militärische Ausgaben oder Krieg sowie mit Alternativen zum Militärdienst auseinanderzusetzen.
- Sep 2009 Kreiskirchentag Weimar: Info-Stand.
- Nov 2009 Abschluss der Arbeit am Entwurf eines Zivilsteuergesetzes durch Dipl. jur. Annette Fabbri und AG Rechtswege.
- Feb 2010 Infostand auf der Friedenskonferenz München
- Mrz 2010 Schreiben an Zuständige für Friedensdenkschrift: Lieberknecht, Rachel, Fricke. Mitteilung der

aktuellen Aussage des ÖRK zur Kriegssteuerverweigerung.
Lieberknecht teilt auf Anfrage beim DEKT in München mit, dass sie das an den EAK (Rachel) weitergeleitet hat.

- Mrz 2010 Schreiben an Synode der EKM, Bischöfin Junkermann und Präses v. Marschall.
- 12.-16.05.2010 2. ÖKT München:
Info-Stand mit Postkarten- und Unterschriftenaktion: "Unsere Hoffnung, eine Kirche, die man beim Wort nehmen kann". Anknüpfung an den ÖRK-Beschluss von 2009.
- 07.-09.06.2010 Friedenskonsultation der EKD in Ammersbek bei Hamburg, Teilnahme von Martin und Gerlinde Rambow als Vertreter von SzP. „Die Welt wird nicht sicherer durch noch mehr Waffen“
- 02.-05.07.2010 13. Internationale Konferenz CPTI in Sandefjord b. Oslo / Norwegen.
- Sep 2010 Das Netzwerk richtet einen blog im Internet ein.
- Okt 2010 Teilnahme von Gertie Brammer und Brunhilde Stötzner an POL&IS (ein Werbungs-und Strategie-Spiel der Bundeswehr).
- 26.11.2010 EKM: Antrag von SzP über den Hausener Friedenskreis an die EKM-Synode. Darin Bitte um Gespräch, Informationsmöglichkeit und Unterstützung.
- Jan 2011 Friedenskonferenz der EKD – Michael Held nimmt teil und bringt Antrag von SzP ein, dieses Thema auf die TO von 2012 zu bringen. Eine AG zur Vorbereitung 2012 beschließt, für SzP einen TOP mit einem Vortrag von Ullrich Hahn / Versöhnungsbund einzuplanen.
- Feb 2011 Schreiben von Martin Rambow für SzP an alle Landeskirchen der EKD und Bistümer der Katholischen Kirche in Deutschland:
- Mitteilung zum ÖRK-Beschluss 2009;
- Übersendung der Unterschriften von den Kirchentagen München, Weimar, Gotha;
- Bitte um verstärkte Aufmerksamkeit für die Problematik der Anerkennung der Verweigerung von Kriegsdienst in jeder Form bei der Ökumen. Friedenskonvokation 2011 in Jamaika und in der künftigen Arbeit der Kirchen.
- Antworten kamen von 4 Stellen:
- EKD / OKR Pausch: reicht Brief an Bischof Schindehütte für Jamaika weiter.
- EKM / Magdeburg, KR Killat: reicht Brief an Delegierte und Geffe weiter.
EKM / Synodalpräses v. Marschall: Eintreten für unser Thema könne von ihm nicht erwartet werden, da es auch Menschen in unserer Kirche gibt, die Militär bejahen, selbst Soldaten sind usw. und wir eine Minderheitenposition vertreten.
- BiKo, Bereich Weltkirche und Migration, Bonn: Wenn alle das Recht auf Gewissensfreiheit einklagen würden..., aber im DBK zu diskutieren.
- Erzbischöfliches Ordinariat München – an entsprechendes Gremium weitergereicht, generell aber geht das eigentlich nicht, da "Staat handlungsunfähig" würde.
- Feb 2011 Schreiben an EKD-Landeskirchen und Delegierte der EKD von Gertie Brammer, Hannelore Morgenstern-Przygoda und Brunhilde Stötzner zur Vorbereitung der Friedenskonvokation Jamaika im Mai 2011.
- Mrz 2011 Tagung von SzP und NWFS in Heilsbronn:
Zivilsteuergesetz und Finanzamts-Kampagne ("Hallo Finanzamt").
- 18.04.2011 Gespräch bei R. Brahms (Friedensbeauftragter der EKD) in Bremen mit Brunhilde Stötzner, Hannelore Morgenstern-Przygoda, Martin Rambow und Friedrich Heilmann:
Klarstellung, dass wir keine juristische Beratung erwarten (da wir auf diesem Gebiet eigenständig in Kooperation mit Fachjuristen arbeiten), sondern Solidarität und klare Positionierung der Kirche (wie bei der Waffendienst-Verweigerung); Aufnahme der Aufgaben aus dem ÖRK-Text vom Sept. 2009 durch die EKD-Gliedkirchen; Kenntnisnahme und Beschäftigung mit unserem Entwurf eines Zivilsteuergesetzes.
Zusagen von R. Brahms: Weitergabe des Hinweises betr. ÖRK-Text von 2009 an die EKD-Gliedkirchen bzw. Auslandsbischof Schindehütte; Bereitschaft zum weiteren Gespräch über die "Zwillingsgleichheit" von Kriegsdienst durch Waffengebrauch und Steuerzahlung; Aufmerksamkeit für unsere Thematik bei der Ök. Friedenskonvokation in Jamaika und der EKD-Friedenskon-

- ferenz 2012.
Beibehaltung und Weiterführung der Kontakte werden ins Auge gefasst.
- Mai 2011 31. Friedenskonsultation landeskirchlicher Friedensausschüsse und christlicher Friedensdienste in Neudietendorf, Gruppe SzP-EKM nimmt teil.
- 06.05.2011 Abschlussfeier der Zentralstelle für KDV in Berlin. Sepp Rottmayr vertritt das Netzwerk mit der Idee „von der KDV zur MSV“
Vorlagetext von Sepp für die Zentralstelle der KDV: Zurück zum Gewissen: von KDV zu MSV!
- 17.-25.05.2011 Ende der "Ökumenischen Dekade zur Überwindung von Gewalt" mit der "Internationalen Ökumenischen Friedenskonvokation" in Kingston / Jamaika und der Verabschiedung einer "Ökumenischen Erklärung zum gerechten Frieden" – Dokumentation von Impulsen und Initiativen während und nach der Dekade
- 01.-05.06.2011 DEKT Dresden: Infostand zur Finanzamtskampagne; Unterschriftensammlung; Waage zur Gegenüberstellung von Militär- und Zivilausgaben.
- 08./09.07.2011 Die EKM begeht den Abschluss der "Ökumenischen Dekade zur Überwindung von Gewalt" u.a. mit Ehrung von Aktiven aus den Basisbewegungen (von SzP: Gerlinde und Martin Rambow). Die Laudatorin KR Killat wünscht dem NWFS Erfolg.
- 12./13.10.2011 „Mitteldeutsches Parkett“: besondere EKM-Veranstaltung - Vertreter von 2 Friedensgruppen (Gerlinde Rambow als Vertreterin des NWFS), Entwicklungsdienst, Friedensfachkräften, Vertreter von Militär, Militärdekan, Militärseelsorger und Vertreter von Kirchenleitung
- 24.01.2012 EKD-Friedenskonferenz mit Schwerpunktthema Kriegssteuerungsverweigerung:
Ullrich Hahn hält einen Einführungsvortrag zum Thema.
„Die KfF sieht die fortbestehende Notwendigkeit für eine gewissensschonende Alternative im Bereich der Friedenssteuerproblematik.“ (Michael Held)
Ein Studientag zum Thema wird für Jan. 2014 festgelegt.
- Frühjahr 2012 Prozess Gerlinde und Martin Rambow zur Einkommenssteuererklärung 2010:
Durch Anwendung der Musterbriefe und falscher juristischer Mittel ist das geplatzt. Aktuell erfahren wir durch Brigitte Janus, dass es in Nürnberg ähnlich verlaufen war.
- 16./17.03.2012 Jahrestagung des NWFS in Woltersdorf unter dem Thema „Ökonomie und Krieg“ mit dem Rüstungsexportbericht der GKKE und virtuellem Stadtrundgang zu Orten der Rüstungslobby in Berlin durch Uwe Hixsch.

Neuwahlen des Vorstandes - Vorsitzender: Dr. Wolfgang Steuer, Stellvertretenden Vorsitz: Hannelore Morgenstern-Przygoda, Geschäftsführung: Katharina Rottmayr
- 28.03.2012 Die Regionalgruppe Ost hat ein Gespräch mit dem Präses der EKM, der selbst einen Offiziersrang bei der BW hat, über das Thema Militär und Kirche. (Tödlich verunglückt im Febr. 2013)
- Apr 2012 Neuer Antrag an die Landessynode der EKM wurde erstellt, aber wegen Aussichtslosigkeit kurz zuvor zurückgezogen.
- 02.10.2013 Gespräch Initiativkreis Frieden Nürnberg - Gespräch mit Bischof Bedford-Strohm. Obwohl Mitbegründer der Friedenssteuer-Initiative, unterstützt er jetzt nach seinen Erfahrungen in Ruanda diese Forderung nicht mehr. „Unsere Kirche ist keine Friedenskirche.“
- 25.-29.11.12 Landessynode der ELKB: Eine Gruppe von Antragstellern (Initiativkreis Frieden IKF, KV Sommersdorf, Ökumenisches Netz Bayern, Hansjörg Meyer u.a., Arbeitskreis Evangelische Erneuerung) bringt einen Antrag ein, die Synode möge zum Thema Militärsteuerungsverweigerung arbeiten und beschließen. Der Antrag wird unterstützt von mehr als 500 Unterschriften, überwiegend von kirchlichen Mitarbeitern. Eine Behandlung des Antrags in der Synode kommt nicht zustande. Er wird an einen Ausschuss verwiesen. Im Nachgang intensiver Schriftwechsel in Richtung auf eine Weiterführung des Gesprächs.
- Im Jahr 2013 BHH 2013 - EP 14 ist nach vielen Jahren erstmalig von Platz 3 auf Platz 2 (nach „Arbeit und Soziales“ und „Schuldendienst“ gerückt.
- 22.-23.01.2013 Studientag in Hofgeismar „Steuer und Gewissen“ - ist Ergebnis des Gesprächs mit dem Friedens-

beauftragten der EKD Renke Brahm im Vorjahr und unseres Antrags an die EKD-Friedenskonferenz im Januar 2012, den Ullrich Hahn eingebracht hatte.

„Der Studientag bittet die Friedenskonferenz, bei den kirchlichen Organen auf einen Beschluss hinzuwirken dahingehend, dass diese auf eine gesetzliche Regelung hinwirken, die die MSV legalisiert.“

Teilnehmer: 16 Mitglieder der Konferenz für Friedensarbeit der EKD, 14 aus dem Netzwerk Wichtige praktische Hinweise kamen von Pfr. Patrick Schnabel, Wittstock-Ruppin / Potsdam in seinem Workshop „Kirche als Lobby für Steuerverweigerung?“ professionelle Lobbyarbeit, offene Sprache, einleuchtende Sprachfiguren, den aussichtsreichsten Weg zu fordern, für innerkirchliche Verbreitung zu sorgen, gute theologische Begründung, Grundplausibilität.

Ergebnis: Thema wird in der kommenden Konferenz für Friedensarbeit 2014 wieder aufgenommen, und es wird eine epd-Doku zur Tagung und mit Grundlagentexten aus der Arbeit seit 1983 geben (erschieden als epd-Dokumentation Nr. 20/2014 beim Gemeinschaftswerk der Evangelischen Publizistik Frankfurt am Main, 65S.)

15.-17.03.2013 Frühjahrstagung in Weimar:

In der GÜTE liegt die KRAFT, Gütekraft - Lernweg des Friedens, mit Martin Arnold

Frühjahr 2013 Gründung Trägerkreis Rüstungskonversion Jena (von SzP dabei: Gerlinde Rambow, Dietrich Göttsching, Wolfgang Geffe).

ab Apr 2013 Das Netzwerk gibt eine auf Anregung von Martin Rambow von ihm gestaltete eigene „Briefmarke Individuell“ bei der Deutschen Post heraus. Darstellung: Netzwerk-Logo, Basis-Erklärung, Web-Adresse, Satz „Ich trete für die Einführung eines Zivilsteuergesetzes ein.“ Es folgen mehrere Nachauflagen.

Ostern 2013 Netzwerk nimmt am Ostermarsch in der Offenen Heide teil, vertreten durch Gertie Brammer, Ingrid Erler, Gerlinde und Martin Rambow

1.-5.05.2013 DEKT Hamburg „Soviel du brauchst“ (2. Mose 16,18). Standgestaltung mit dem ZFD: Zylinder für wahlweise Entscheidung: Steuern für Zivil oder Militär.

Mai 2013 Wahlprüfsteine wurden von 4 NWFS-Leuten eingeschickt. Auswertung am 24.09.13. Mit den Ergebnissen wurde nicht weiter gearbeitet.

22./23.09.2013 Landes-Kirchentag der EKM in Jena, SzP baut Drohne und ist an Demo und beim Aufruf zur Rüstungskonversion in Jenoptik beteiligt. Anlass für Gesprächskontakt mit Bischöfin.

Herbst 2013 Bonhoeffergruppe, vertreten durch Dr. Wieland Walther, legt der Synode der Badischen Landeskirche einen Antrag zum Zivilsteuergesetz vor: „Die Badische Landeskirche beschließt, die Bemühungen um ein Zivilsteuergesetz zu unterstützen, ...“ Wurde in einen Arbeitsausschuss verwiesen zur weiteren Bearbeitung.

Dez 2013 Beteiligung an der Anti-Drohnen-Kampagne des DFG-VK mit Musterbrief. KfZ-Steuer-Einbehalt von 13,21 €.

20.-21.01.2014 KfF in Dresden - Beschlussvorschlag zur Kriegssteuerverweigerung; alle Friedensbeauftragten mögen in ihren Landeskirchen den Beschluss vorlegen: „Die Konferenz verständigt sich darauf, dass die Mitglieder der Konferenz den Antrag in ihren jeweiligen Kirchen, Verbänden und Institutionen zur Diskussion stellen und der Tagesordnungspunkt auf der Konferenz für Friedensarbeit im Raum der EKD 2015 aufgenommen wird.

Frühjahr 2014 Wolfgang Geffe wird als Friedensbeauftragter der EKM gekündigt. Nachfolgerin wird Pfrin. Eva Hadem. Der Stellenumfang wird bei dieser Gelegenheit durch die Landeskirche um ca. 25% gekürzt.

28.03.2014 EKBO - Gespräch mit Thomas Koch (Vertreter auf der KfF) von Gisela Lattmann-Kieser und Ingrid Erler. Für Koch ist Kriegsdienstverweigerung nicht vergleichbar mit Kriegssteuerverweigerung. Sein Vorschlag ist, sich an die Kreissynoden zu wenden.

04.-06.04.2014 Frühjahrstagung Imshausen „Wie wird gewaltfreier Widerstand heute wirksam? Ist der Pazifismus noch zu retten? Asymmetrische Kriege versus Strategien der zivilen Konfliktlösung“ - Vortrag von Tilmann Evers, Kassel.

- 30.04.-04.05.2014 Ökumenische Versammlung in Mainz
 „Die Zukunft, die wir meinen - Leben statt Zerstörung“. Das Friedenssteuerthema wurde im Abschlusspapier nach langer Diskussion auf Grund von zu großer Fülle an Themen nur noch am Rande erwähnt. Michael Held und Martin Rambow sind in der Vorbereitungsgruppe dabei.
- 22.05.2014 EKM: Bischofsgespräch des Hausener Kreises mit Bischöfin Junkermann, Magdeburg.
- 12.06.2014 Aktionärsversammlung von Jenoptik in Weimar. Jenoptik erwirtschaftet 25% des Gewinns im Rüstungsgeschäft. SzP ist an einer Gegenaktion gemeinsam mit dem „Trägerkreis Rüstungskonversion Jena“ beteiligt.
- 30.06.2014 Regionalgruppe Berlin / EKBO - Antwort von Bischof Dröge durch Holger Bentele: „... Bischof Dröge hat das Anliegen einer Friedenssteuer im Generalsuperintendentenkonvent gemeinsam mit Generalsuperintendentin Ulrike Trautwein angesprochen, die über das Gespräch mit Ihnen berichtete. Außerdem hat Bischof Dröge das Thema in den engeren Leitungskreis der EKBO eingebracht und dort diskutiert. Die epd-Dokumentation hat er sich angeschaut. ... Bischof Dröge dankt Ihnen für Ihr Engagement und teilt das friedenspolitische Engagement als zentrales Thema für unsere Kirche. Inwieweit die Friedenssteuer dabei zu einem wirksamen Instrument werden kann, muss wohl abgewartet werden ...“
- 26.-28.09.2014 Köln, Herbsttagung: Vortrag über Drohnen von Thomas Mickat (IMI). Verabschiedung der „Leitlinien“ des NWFS
- 09.10.2014 Anschreiben an alle noch nicht kontaktierten hauptamtl. Friedensmitarbeiter der Landeskirchen (14) mit ausführlicher Erinnerung und Bitte, den Beschlussvorschlag zur Kriegssteuerungsverweigerung in ihren jeweiligen Kirchen, Verbänden und Institutionen zur Diskussion zu stellen, damit der TOP auf der KfF 2015 aufgenommen wird.
- 10.11.2014 Rüstungsatlas Thüringen erschienen und in Jena öffentlich vorgestellt (IMI).
- 19.-20.01.2015 Konferenz für Friedensarbeit der EKD in Villigst:
 Aus den Landeskirchen gab es vorab so gut wie keine Rückmeldungen. Damit wurde der Antrag des NWFS weder zugestimmt noch abgelehnt. Die Gewissensbelastung durch den Waffendienst und die durch Kriegsdienst mit der Steuer wird in Frage gestellt.
- 13.-15.03.2015 Jahrestagung in Imshausen: Vortrag von Klaus Simon / Leipzig „Solidarisches Wirtschaften kontra Kriegswirtschaft“. Beschluss zur Zusammenarbeit mit dem Forum ZFD. Briefaktion an die Kreissynodalen in der EKBO - von 10 Kontakten reagierte einzig der Kirchenkreis Berlin Lichtenberg-Oberspreewald. Die Synode will Thema 2016 in der Frühjahrssynode aufnehmen.
- Mai 2015 Veröffentlichung: Artikel zur Friedenssteuer mit Hinweis auf die NWFS-Briefmarke in der „ORL-Info“ (Verteiler = 14.000!)
- Mai 2015 Die NWFS-Briefmarke erreicht eine Auflagenhöhe von 36.000.
- 06.-10.06.2015 DEKT Stuttgart - Stand beim Markt der Möglichkeiten mit Postaktion an die LK's und Podium im Friedenszentrum (erstmalig wurde das Thema Frieden nicht im offiziellen Kirchentagsprogramm aufgenommen. Podium: „Zahlen für den Krieg? Gewissensfreiheit kontra Steuerpflicht. Keine Kriegsfinanzierung mit meinen Steuern.“ Bettina Röder (Redakteurin Publik-Forum), Andreas Zumach (freier Journalist), Karen Hinrichs (Oberkirchenrätin, Karlsruhe), Dr. theol. Thomas Nauwerth (Versöhnungsbund), Martin Hüfken (Militärseelsorger), Günther Lott (Apotheker, Militärsteuerweigerer). Gut besucht und gute Resonanz.

Abkürzungen

AG	Arbeitsgruppe (von SzP oder/und NWFS)
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
CPTI	Conscience and Peace Tax International
EAK	Evangelischer Arbeitskreis der CDU
FSI	Friedenssteuer-Initiative
IK	Internationale Konferenz (von CPTI)
JT	Jahrestagung (von SzP oder/und NWFS)
KDV	Kriegsdienstverweigerung

Kirchengebiete und -funktionen

Funktionen

KR	Kirchenrat/rätin
LKR	Landeskirchenrat/rätin
OKR	Oberkirchenrat/rätin
OLKR	Oberlandeskirchenrat/rätin

Gebietskörperschaften

BiKo	Deutsche (katholische) Bischofskonferenz
EKBO	Ev. Kirche Berlin-Brandenburg und schlesische Oberlausitz, Fusion aus EKIBB und Ev. Kirche des Görlitzer Kirchengebietes)
EKD	Evangelische Kirche in Deutschland
EKHN	Ev. Kirche Hessen-Nassau
EKIBB	Ev. Kirche in Berlin-Brandenburg (heute: Ev. Kirche in Berlin-Brandenburg und Schlesische Oberlausitz EKBO)
EKiR	Ev. Kirche im Rheinland
EKM	Evangelische Kirche in Mitteldeutschland (Fusion aus ELKiTh und KPS)
ELKiB	Ev.-Luth. Kirche in Bayern
ELKiTh	Ev.-Luth. Kirche in Thüringen (jetzt: EKM)
KPS	Ev. Kirche der Kirchenprovinz Sachsen (jetzt: EKM)

NWFS	Netzwerk Friedenssteuer
RG	Regionalgruppe (von SzP oder/und NWFS)
SzP	Ökumenische Aktion Steuern zu Pflugscharen
ZFD	Ziviler Friedensdienst